

Eine Einführung in die Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation

Die Konvention bringt neue Hoffnung im Kampf gegen Desertifikation.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Problem der Landdegradation in Trockengebieten weiter verschärft. Die Konvention fördert nicht nur einen neuen Ansatz zur Bewirtschaftung von Ökosystemen in Trockengebieten, sondern auch eine neue Herangehensweise zur Mobilisierung, Vergabe und zum Einsatz von Entwicklungsgeldern.

Desertifikation wird durch Klimaschwankungen und menschliche Aktivitäten verursacht.

In der Vergangenheit konnten sich Trockengebiete nach längeren Dürre- und Trockenperioden schnell erholen. Unter den heutigen Bedingungen neigen sie allerdings dazu, ihre biologische und wirtschaftliche Produktivität dauerhaft zu verlieren, wenn sie nicht nachhaltig bewirtschaftet werden. Trockengebiete veröden auf allen Kontinenten durch Übernutzung, Überweidung, Abholzung und schlechte Bewässerungspraktiken. Diese übermäßige Nutzung wird oft durch wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Druck, Unkenntnis, Krieg und Dürre verursacht. (Siehe Informationsblatt 2)

Desertifikation schwächt die Produktivität des Bodens und trägt zur Verarmung der Menschen bei.

Die grundlegenden natürlichen Ressourcen wie fruchtbarer Oberboden, die Vegetationsdecke und gesunde Kulturpflanzen sind als erstes von Landdegradation betroffen. Wenn Nahrungs- und

Wasservorräte bedroht werden, leiden Menschen. Sie werden Opfer von Hungersnöten, Massenabwanderung und schwerwiegenden wirtschaftlichen Verlusten. Über 250 Millionen Menschen sind direkt von Desertifikation betroffen und etwa eine Milliarde werden von ihr bedroht. (Siehe Informationsblatt 3)

Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation wird mit Hilfe von Aktionsprogrammen umgesetzt.

Diese Programme bilden das Herzstück der Konvention. Sie berücksichtigen die spezifischen Bedingungen des Landes und ermitteln Ursachen von Desertifikation und Dürre sowie angemessene Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Nationale Programme werden insbesondere dann durch subregionale und regionale Programme ergänzt, wenn grenzüberschreitende Ressourcen wie etwa Seen und Flüsse betroffen sind. Die Aktionsprogramme werden in fünf Anhängen der Konvention erläutert, welche sich auf die regionale Umsetzung in Afrika, Asien, Lateinamerika und die Karibik, den nördlichen Mittelmeerraum und Zentral- und Osteuropa beziehen. (Siehe Informationsblatt 4 und die Informationsblätter 11 - 15)

Die Konvention sieht vor, das Verfahren internationaler Hilfeleistung nachhaltig umzugestalten.

Sie will die Geberländer und -organisationen sowie die Empfängerländer für eine neue Partnerschaft gewinnen. Die jeweiligen Rollen der Geber und Empfänger werden im Rahmen eines Beratungsprozesses

geklärt und in Partnerschaftsabkommen festgehalten. Ziel ist die bessere Koordination von Finanzierungsprogrammen, die Ausrichtung von Finanzmitteln an den Bedürfnissen der betroffenen Länder, die Zusage der sinnvollen Einsätze der von den Gebern empfangenen Gelder und die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel für die betroffenen Menschen. (Siehe Informationsblatt 5)

Eine weitere grundlegende Neuerung ist der „bottom-up“-Ansatz, welcher „von unten nach oben“ wirkt und der lokalen Bevölkerung einen zentralen Stellenwert im Entscheidungsprozess gibt.

Traditionell sind lokale Gemeinden relativ passive Teilnehmer an Entwicklungsprojekten. Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation stellt sie jedoch nun auf eine Stufe mit den anderen am Entwicklungsprozess beteiligten Akteuren. Bevölkerungsgruppen vor Ort, Nichtregierungsorganisationen, Experten und Regierungsvertreter arbeiten eng zusammen, um Aktionsprogramme zu formulieren. Damit dieser innovative und anspruchsvolle Prozess funktioniert, sind entsprechende Aufklärungskampagnen vorgesehen. (Siehe Informationsblatt 6)

Wissenschaft und Technologie sind entscheidende Werkzeuge im Kampf gegen die Desertifikation.

Das von der Konvention eingesetzte Komitee für Wissenschaft und Technologie fördert die Kooperation zwischen nationalen, subregionalen und regionalen Institutionen bei Datensammlung, Analysen, Kontrollen und Bereitstellung von

Expertise. Landdegradation kann sowohl durch neue Techniken (Satellitenüberwachung) als auch durch traditionelle Mittel (Anlage von Terrassen auf Steilhängen) reduziert werden. Wissenschaft und Technologie sollten dabei stets die Bedürfnisse der Menschen im Auge haben und die Konvention ermutigt alle Wissenschaftler, ihre Forschung diesem Dienst zu verschreiben. (Siehe Informationsblatt 7)

Finanzielle Mittel müssen effizienter verteilt und eingesetzt werden.

Die meisten Gelder werden von den betroffenen Ländern selber aufgebracht. Bilaterale Hilfsprogramme und internationale Organisationen stellen aber ebenfalls große Summen zur Verfügung. Die durch die Konvention etablierte Institution „Global Mechanism“ hat die Aufgabe, die Länder bei ihrer Mittelaufbringung zu unterstützen. Zusätzlich konnte eine andere Institution, die Globale Umweltfazilität (Global Environment Facility, GEF) als wichtiger Kapitalgeber für die Konvention gewonnen werden: Das durch GEF aufgelegte Programm OP-15 finanziert ausschließlich konventionsrelevante Projekte. Außerdem fördert die Konvention innovative Finanzquellen, wie beispielsweise Schuldenumwandlungsmaßnahmen (sog. debt swaps) und die Finanzierung durch den Privatssektor. (Siehe Informationsblatt 8)

Die Konvention hat eine Anzahl von Institutionen und Vorgehensweisen eingerichtet, um internationale Maßnahmen zu lenken.

Die Konvention trat am 26. Dezember 1996 in Kraft, drei Monate nachdem das fünfzigste Land sie ratifiziert hatte. Bis Oktober 2008

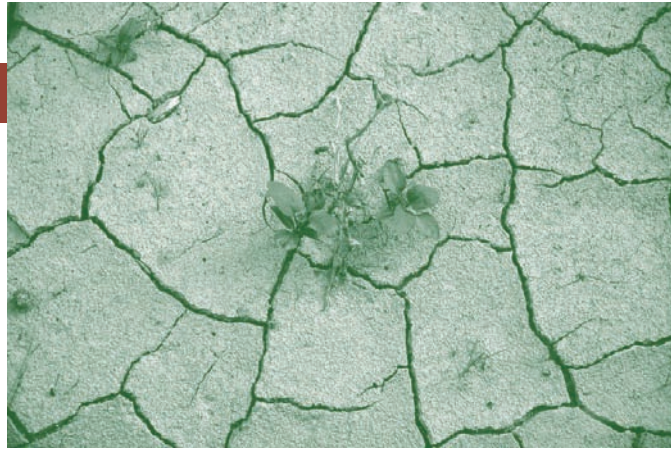


Foto © Pamela Ceron Valladares

haben 193 Länder und die Europäische Union die Konvention ratifiziert oder waren ihr beigetreten. Das oberste Gremium der Konvention ist die Konferenz der Vertragsstaaten (Conference of Parties, COP), die alle Regierungen, die ratifiziert haben, und regionale Wirtschaftsgemeinschaften umfasst. Sie wird bei ihren Aufgaben durch zwei ihr untergeordnete Komitees unterstützt, dem Komitee für Wissenschaft und Technologie (Committee on Science and Technology, CST) und dem Komitee zur Überwachung der Konventionsumsetzung (Committee for Review of the Implementation of the Convention, CRIC). Die COP hielt bis zum Jahr 2008 insgesamt acht Sitzungen ab, die erste in Rom im Oktober 1997, und wird weiterhin alle zwei Jahre tagen. (Siehe Informationsblatt 9)

Desertifikation gefährdet in erster Linie nachhaltige Entwicklung.

Es geht einerseits um die Bekämpfung der Armut und das Wohl der Menschen, andererseits um den Schutz der Umwelt. Soziale und wirtschaftliche Aspekte, wie die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, Wanderungsbewegungen und politische Stabilität, sind eng mit Landdegradation und Dürren verbunden. Dies gilt ebenso für Umweltaspekte wie Klimawandel, Verlust an biologischer Vielfalt und

Verfügbarkeit von Süßwasser. Die Konvention betont die Notwendigkeit, Forschung und Aktionsprogramme zur Bekämpfung von Desertifikation an den verschiedenen involvierten Aspekten auszurichten. (Siehe Informationsblatt 10)

2008: Die neue UNCCD-Strategie

Im September 2007 beschloss die achte Vertragsstaatenkonferenz in Madrid die Annahme einer 10-Jahres-Strategie zur verbesserten Umsetzung der Konvention. Ziel dieser Strategie ist die Positionierung der UNCCD als globale Antwort auf die weltweiten Umweltprobleme, die Böden und Ökosysteme bedrohen. Dies erfordert eine gewisse Eigen-dynamik und eine intensive internationale Mobilisierung. Die UNCCD-Strategie definiert operationelle Zielsetzungen, die unter anderem Bewusstseinsbildung, politische Maßnahmen, Wissenschaft und Technologie sowie Kapazitätsaufbau umfassen. (Siehe Informationsblatt 16)



Konvention der Vereinten Nationen zur
Bekämpfung der Desertifikation
in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer
betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Die Ursachen von Desertifikation

Desertifikation ist die Degradation von Trockengebieten.

Sie ist mit dem Verlust der biologischen und wirtschaftlichen Produktivität und Vielfalt von Anbauflächen, Weideland und Wäldern verknüpft und wird vor allem durch Klimaschwankungen und nicht nachhaltige menschliche Aktivitäten herbeigeführt. Die am häufigsten genannten Formen von nicht nachhaltiger Landnutzung sind Übernutzung, Überweidung, Abholzung und schlechte Bewässerungspraktiken. 70 Prozent aller Trockengebiete weltweit (außer den hyperariden Wüsten) sind von Landdegradation betroffen - dies entspricht einer Fläche von 3,6 Millionen Hektar. Dürre wird zwar oft mit Landdegradation in Verbindung gebracht, bezieht sich jedoch auf ein natürliches Phänomen, das dann auftritt, wenn Regenfälle über einen längeren Zeitraum erheblich unter dem normalen Niveau bleiben.

Trockengebiete reagieren schnell auf Klimaschwankungen.

Definitionsgemäß verfügen Trockengebiete nur über begrenzte Süßwasservorkommen. Die jährliche Niederschlagsmenge kann stark variieren. Zusätzlich gibt es über Jahre und Jahrzehnte hinweg große Schwankungen, die oft Dürre zur Folge haben. Im Laufe der Zeit haben sich die Ökosysteme der Trockengebiete an diese Niederschlagschwankungen angepasst, so dass Pflanzen und Tiere darauf schnell reagieren können. Satellitenaufnahmen haben beispielsweise gezeigt, dass sich die Vegetationsgrenze

südlich der Sahara um bis zu 200 km verschieben kann, wenn auf ein niederschlagsreiches Jahr ein trockenes folgt und umgekehrt.

Die Menschen müssen sich ebenso auf diese natürlichen Schwankungen einstellen.

Die biologischen und wirtschaftlichen Ressourcen von Trockengebieten, darunter insbesondere die Bodenqualität, Süßwasservorkommen, Vegetation und Kulturpflanzen, werden schnell geschädigt. Die Menschen haben gelernt, diese Ressourcen mit Hilfe von traditionellen Strategien wie etwa der Landwechselwirtschaft und der nomadischen Weidewirtschaft zu schützen. In den vergangenen Jahrzehnten haben diese Strategien allerdings aufgrund der sich wandelnden wirtschaftlichen und politischen Umstände, des Bevölkerungswachstums und eines Trends hin zu sesshafteren Gemeinschaften an Praktikabilität verloren. Wenn aber Landnutzer nicht mehr flexibel auf klimatische Schwankungen reagieren können, kann Desertifikation die Folge sein.

Die geringe Bedeutung des Umweltschutzes führt oft zu kurzsichtigen Entscheidungen für die Landnutzung.

Die Übernutzung von Land resultiert aus spezifischen wirtschaftlichen Bedingungen oder ungünstigen Landrechten bzw. Gebräuchen. Oft veranlasst der unkontrollierte Zugang zu Landressourcen einzelne dazu, ihre eigenen Gewinne zu maximieren, indem sie das Land

zum Nachteil der Gemeinschaft übermäßig nutzen. Arme Menschen, insbesondere arme Frauen, haben in vielen Fällen keinen Zugang zu fruchtbarem Land und sind stattdessen auf anfällige Gebiete und Ressourcen angewiesen. Ihre Armut lässt ihnen nur wenig Spielraum, so dass sie den knappen Ressourcen so viel wie möglich abzugewinnen suchen, auch wenn dies mittelfristig zu Landdegradation führt.

Der internationale wirtschaftliche Rahmen kann Menschen dazu verleiten, ihr Land übermäßig zu nutzen.

Internationale Handelspraktiken können dazu führen, dass lokale Ressourcen zu Exportzwecken kurzfristig ausgebeutet werden, wobei der Bevölkerung vor Ort nur wenig Gewinn bleibt, um das Land zu bewirtschaften bzw. wiederherzustellen. Ebenso können die Entwicklung einer Wirtschaftsweise, in der landwirtschaftliche Erzeugnisse ausschließlich für den Export bestimmt sind, oder Steuererhebungen zu Verzerrungen auf den lokalen Märkten führen und die übermäßige Nutzung des Landes fördern.

Unkenntnis, Irrtümer sowie natürliche und vom Menschen verursachte Katastrophen können ebenso zur Landdegradation beitragen.

Unkenntnis der natürlichen Umweltsysteme in den Vereinigten Staaten in der berühmten „Dust Bowl“ der 30er Jahre eine wichtige Rolle. Unter anderem begingen die Landwirte des mittleren Westens damals den Fehler, während einer Dürreperiode



Foto © Samuel de Leon

Pflüge zu benutzen, die eher für die gemäßigten Breiten Westeuropas geeignet waren. In den vergangenen Jahrzehnten haben ähnliche Irrtümer in der Wahl technischer Mittel oder politischer Maßnahmen in vielen Ländern - darunter sowohl entwickelte Nationen als auch Entwicklungsländer - zu Landdegradation geführt. Katastrophen, Kriege und nationale Notstände zerstören ebenfalls produktives Land, indem sie zur Vertreibung der Landwirte führen oder das Land aufgrund der Konzentration von Flüchtlingen übermäßig beansprucht wird. Natürliche Katastrophen, wie z.B. Überschwemmungen und Dürreperioden, haben einen ähnlichen Effekt.

Welche Rolle spielen das Bevölkerungswachstum und die Bevölkerungsdichte?

Man ist versucht anzunehmen, dass ein Wachstum der menschlichen Bevölkerung letztendlich das entscheidende Moment bei der Desertifikation ist. Mehr Menschen in einer Region führen unweigerlich zu einer größeren Belastung der Ressourcen dieses Gebiets. Die Belastung kann auch indirekt sein, etwa wenn eine wachsende städtische Bevölkerung höhere Anforderungen an die Nahrungsmittelproduktion in weniger dicht besiedelten ländlichen Gebieten stellt. Die Beziehung zwischen zwei Variablen wie beispielsweise

Bevölkerung und Desertifikation ist jedoch nicht eindeutig, die Ursachen der Landdegradation in Trockengebieten sind vielfältig. Ein Bevölkerungsrückgang kann beispielsweise zu Desertifikation führen, weil es eventuell nicht mehr genug Menschen gibt, um das Land angemessen zu bewirtschaften. Viele Anbauterrassen im Jemen sind aufgrund der Abwanderung von Arbeitskräften in angrenzende Länder mit Erdölvorkommen verwahrlost. Es gibt andererseits auch Beispiele von Gebieten, die große Bevölkerungskonzentrationen verkraften, ohne dass es zur Landdegradation kommt, wie dies z.B. im Umfeld der Stadt Kano in Nigeria der Fall ist.



Konvention der Vereinten Nationen zur
Bekämpfung der Desertifikation
in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer
betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)



Die Folgen der Desertifikation

Desertifikation verringert die Widerstandsfähigkeit des Landes gegenüber natürlichen Klimaschwankungen.

Boden, Vegetation, Süßwasservorkommen und andere Ressourcen in Trockengebieten sind normalerweise widerstandsfähig. Sie können sich von klimatischen Störungen wie einer Dürreperiode und selbst von menschlichen Eingriffen wie etwa Überweidung letztendlich erholen. Wenn das Land allerdings verödet, ist diese Widerstandsfähigkeit erheblich geschwächt. Dies hat sowohl physische als auch sozioökonomische Folgen.

Der Boden wird unproduktiver.

Freigelegter und umgelagerter Oberboden kann von Wind fortgeweht oder von Regen weggespült werden. Die physikalische Struktur und biochemische Zusammensetzung des Bodens können sich dadurch verschlechtern. Erosionsrinnen und -risse können entstehen und lebensnotwendige Pflanzennährstoffe von Wind oder Wasser davongetragen werden. Wenn der Grundwasserspiegel aufgrund unangemessener Drainage sowie mangelhafter Bewässerungspraktiken ansteigt, kann der Boden versumpfen oder versalzen. Wird der Boden zudem von Vieh zertrampelt und verdichtet, kann dies zur Folge haben, dass keine Pflanzen mehr wachsen und die Niederschläge nicht in den Boden eindringen können, sondern oberflächlich abfließen.

Die Vegetation wird beschädigt.

Der Verlust der Vegetationsdecke ist sowohl Folge als auch Ursache der Landdegradation. Bei lockerer Erde können Pflanzen durch Flugsand beschädigt, begraben oder ihre Wurzeln freigelegt werden. Wenn Weideland von zu vielen Tieren bzw. nicht angepassten Tierarten übermäßig beansprucht wird, können Futterpflanzen verloren gehen und Arten, die nicht als Futter dienen, sich ausbreiten.

Einige der Folgen wirken sich auf Menschen außerhalb der direkt betroffenen Gebiete aus.

Verödetes Land kann zu Überschwemmungen, zu einer verringerten Wasserqualität, zu verstärkter Ablagerung in Flüssen und Seen sowie zur Verschlammung von Reservoirs und Fahrrinnen führen. Es kann auch die Ursache für Sandstürme und Luftverschmutzung sein, was wiederum Schäden an Maschinen, ungewollte Sedimentablagerungen und psychische Belastungen für die Menschen nach sich zieht. Mit dem Wind verteilter Staub kann auch die gesundheitlichen Probleme verschlimmern, darunter Infektionen an den Augen, Erkrankungen der Atemwege und Allergien. Ein dramatischer Anstieg in der Häufigkeit von Sandstürmen wurde in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts im sogenannten „Dust Bowl“ in den Vereinigten Staaten verzeichnet sowie im Rahmen der auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR in den 50er Jahren durchgeführten Neulanderschließung

und in der afrikanischen Sahelzone während der 70er und 80er Jahre.

Die Produktion von Nahrungsmitteln wird beeinträchtigt.

Desertifikation wird hauptsächlich deshalb als wichtiges globales Problem angesehen, weil die Degradation von Trockengebieten in Zusammenhang mit der Nahrungsmittelproduktion steht. Um die wachsende Weltbevölkerung ernährungsphysiologisch angemessen versorgen zu können, muss die Nahrungsmittelproduktion über die nächsten 50 Jahre verdreifacht werden. Dies wird selbst unter günstigen Umständen nur schwer zu erreichen sein. Wenn die Desertifikation nicht gestoppt und rückgängig gemacht wird, werden die Erträge an Nahrungsmitteln in vielen betroffenen Gebieten abnehmen. Unterernährung, Hunger und letzten Endes Hungersnöte wären die Folge. Allerdings ist die Beziehung zwischen der Degradation von Böden und Ernteerträgen komplex. Die Produktivität wird von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst, beispielsweise vom Wetter, von Pflanzenkrankheiten und -schädlingen sowie von Bewirtschaftungsmethoden, externen Märkten und anderen wirtschaftlichen Faktoren.

Desertifikation trägt zur Entstehung von Hungersnöten bei.

Hungersnöte treten typischerweise in Gebieten auf, die auch unter Armut, gesellschaftlichen Unruhen und Bürgerkriegen leiden. Dürre und Landdegradation tragen oft dazu

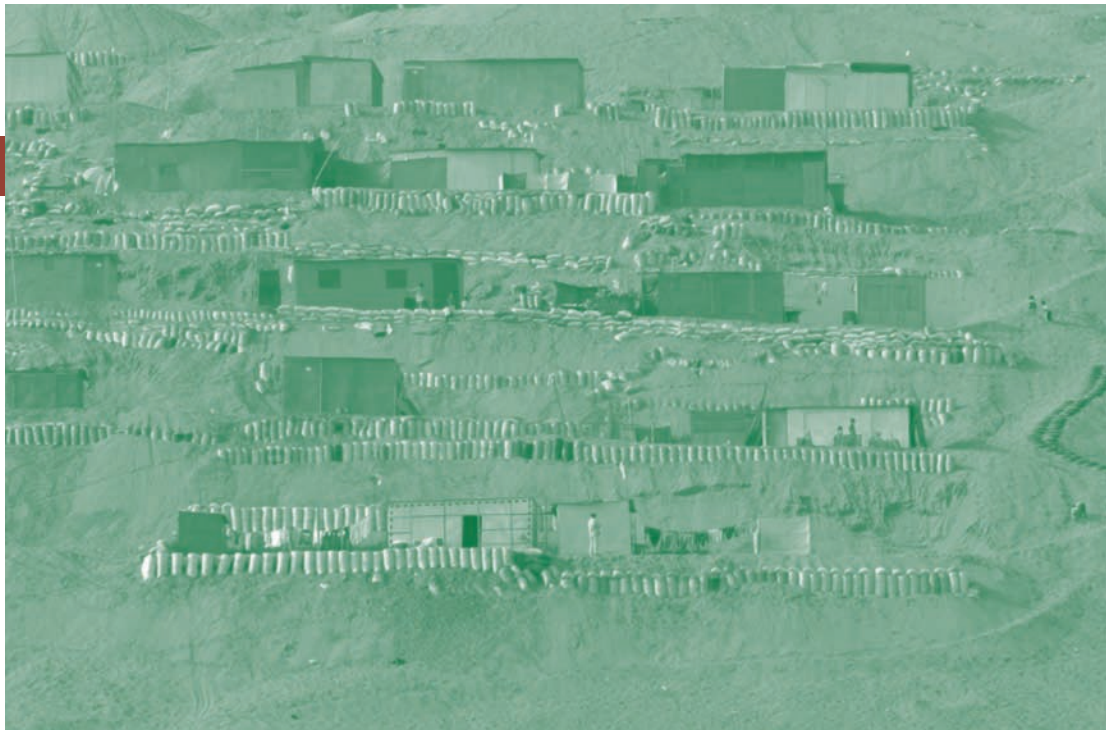


Foto © Ana Cecilia Gonzales Vigil

bei, Krisen auszulösen, die in der Folge dadurch verschärft werden, dass Nahrungsmittel unzureichend verteilt werden und die Bevölkerung keinen Zugang zu ihnen hat.

Desertifikation hat enorme soziale Folgekosten.

Es gibt mittlerweile ein gesteigertes Bewusstsein für die wechselseitige Beziehung zwischen Desertifikation, Massenmigration von Menschen und Konflikten. Aufgrund von Kriegen, Dürren und Landdegradation in Trockengebieten sind in Afrika viele Menschen innerhalb ihres Landes vertrieben oder gezwungen worden, in andere Länder abzuwandern.

Die Umweltressourcen in Städten und Lagern, in denen diese Menschen sich niederlassen, sowie in deren Umgebung sind erheblichen Belastungen ausgesetzt. Schwierige Lebensbedingungen und der Verlust kultureller Identität untergraben die Stabilität sozialer Gefüge.

Desertifikation stellt eine gewaltige Belastung wirtschaftlicher Ressourcen dar.

Es gibt wenig detaillierte Angaben über die wirtschaftlichen Verluste, die sich aus der Desertifikation ergeben. Eine unveröffentlichte Studie der Weltbank legt jedoch nahe, dass die Abnahme der

natürlichen Ressourcen in einem Land der Sahelzone 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) dieses Staates entsprach. Weltweit, so wird geschätzt, belaufen sich die Einnahmen, auf die in den von Desertifikation direkt betroffenen Gebieten jedes Jahr verzichtet werden muss, auf ungefähr 42 Milliarden US-Dollar. Die indirekten wirtschaftlichen und sozialen Kosten für nicht unmittelbar betroffene Gebiete - etwa der Zustrom von „Umweltflüchtlingen“ und Verluste bei der Nahrungsmittelproduktion für den Binnenmarkt - können sehr viel höher sein.



Konvention der Vereinten Nationen zur
Bekämpfung der Desertifikation
in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer
betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Aktionsprogramme zur Bekämpfung der Desertifikation

Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation wird durch Nationale Aktionsprogramme (NAPs) umgesetzt.

Von den Vertragsstaaten wird erwartet, dass sie sich mit ihrer Rolle bei der Unterstützung dieser Programme auseinandersetzen und einen ganzheitlichen, integrierten und beteiligungsorientierten Ansatz zur Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen in den Ökosystemen der Trockengebiete anvisieren. Sobald das Rahmenprogramm entwickelt ist und sich Projekte daraus ableiten lassen, können diese von Gebern direkt unterstützt werden, was wiederum zu einer Verringerung von Transaktionskosten führen kann. Politische Programme müssen den jeweiligen regionalen Gegebenheiten angepasst werden. Die Konvention wurde deshalb um fünf Anlagen ergänzt, welche sich auf die regionale Durchführung in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik, dem Nördlichen Mittelmeer und Zentral- und Osteuropa beziehen und spezifische Gegebenheiten festhalten. (vgl. Informationsblätter 11 - 15). Bis März 2008 wurden 102 Nationale Aktionsprogramme (NAPs) ausgearbeitet und verabschiedet. Sie sind Referenzpunkt für laufende Planungsprozesse zur Verminderung der Armut und zur nachhaltigen Entwicklung in Trockengebieten.

Die Bemühungen zur Bekämpfung der Desertifikation sollten vollständig in andere Entwicklungsrahmenprogramme integriert werden.

Die Umkehrung des Prozesses der Landdegradation und die Linderung

der Armut gehen Hand in Hand. Zu diesen beiden Zielen gehören eine verbesserte Nahrungsmittelversorgung, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für die Menschen, die Stärkung der Kapazitäten auf lokaler Ebene und die Mobilisierung nicht-staatlicher Organisationen. Die Desertifikation steht in wechselseitiger Beziehung zu anderen Umweltthemen, wie z.B. Biodiversität und Klimawandel. Die NAPs müssen diese Themen aufgreifen und Synergien herausarbeiten. Voraussetzung hierfür ist eine gute Datenbank als Grundlage, zudem müssen die NAPs einen hohen Stellenwert als strategisches Dokument genießen. Beide Faktoren sind nicht immer gegeben.

Die Programme umreißen langfristige Strategien und werden mit der aktiven Teilnahme der lokalen Ebene formuliert.

Nur wenn die Bevölkerung politische Prozesse mitgestalten kann, wird sie sich mit den daraus resultierenden Strategien identifizieren. Der Partizipationsprozess ermöglicht es den Regierungen, ihre knappen Ressourcen effektiver einzusetzen und sozioökonomische Faktoren zu berücksichtigen, welche oft die Ursache für Landdegradation sind. Prioritäten sind vorbeugende Maßnahmen und die Förderung des Engagements für nachhaltige Aktivitäten der Menschen, die das Land bewirtschaften und von ihm abhängig sind. Damit sich die spezifischen lokalen Gegebenheiten und neue Initiativen in die Programme eingliedern lassen, müssen NAPs relativ offen gestaltet sein. Weiterbildungsmaßnahmen für Vertreter der lokalen Ebene

haben sich oft als erfolgreich erwiesen, da nur so sachgerechte Entscheidungen bei der Landnutzung getroffen werden. Fehlt jedoch eine starke Zivilgesellschaft, ist dies oft ein Hindernis für die Beteiligung der Menschen vor Ort.

NAPs beschreiben auch konkrete Schritte und Maßnahmen sowie die Verpflichtungen der Regierungen, ein „günstiges Umfeld“ zu schaffen.

Beispiele für besondere Maßnahmen zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds sind die Schaffung von Finanzierungsinstrumenten, welche auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zugeschnitten sind; die Einführung dürreresistenter Kulturpflanzen; die Förderung von Forschungsaktivitäten; Dürrekatastrophenpläne und verbesserte Frühwarnsysteme. Nationale Regierungen können sich ihrerseits verpflichten, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und Unterstützung zu leisten, indem sie neue Gesetze erlassen, die bestehende Gesetzgebung stärken oder politische Maßnahmen ergreifen, die eine nachhaltige Entwicklung fördern, wie zum Beispiel die Ersetzung von Brennholz durch andere Energiequellen. Ein Teil des Staatshaushalts sollte ausschließlich der Bekämpfung von Degradation und Dürre zugeordnet werden. Von den NAPs wird aber auch erwartet, wesentliche Finanzmittel aus externen Quellen zu mobilisieren. Der Mangel an vorhersehbaren Mitteln und Zuschüssen für die Programme hat die Durchführung der NAPs verzögert. Da die Vertragsstaaten nun von der Phase der NAP-Ausarbeitung zur Phase der



Foto © Sabine Schmidt

NAP-Durchführung übergehen, sind die Länder vor allem dazu aufgerufen, Mechanismen zu verankern, die eine internationale Unterstützung für die NAPs mobilisieren.

Subregionale und Regionale Aktionsprogramme (SRAPs und RAPs) können helfen, Nationale Aktionsprogramme aufeinander abzustimmen und zu stärken.

SRAPs und RAPs werden von den betroffenen Länder jeder Region (z.B. Afrika) und Subregion (z.B. Westafrika) durch Abstimmungsprozesse erstellt. Sie erhöhen nicht nur die Effizienz nationaler Programme, sondern können gemeinschaftliche Aktivitäten zur nachhaltigen Bewirtschaftung von z.B. gemeinsamen Flüssen und anderen grenzüberschreitenden Ökosystemen fördern. Thematische

Programmnetzwerke sind oft das Hauptelement der RAPs. Sie beziehen sich beispielsweise auf die Wasserwirtschaft, Ackerwaldwirtschaft oder Monitoringsysteme und erzeugen nützliche Nebeneffekte im jeweiligen Land, da sie Fachwissen um die jeweiligen Thematiken generieren und verbreiten. Bis März 2008 wurden acht subregionale und zwei regionale Aktionsprogramme auf den Weg gebracht.

Die Vertragsstaaten bezeichnen die Integration der nachhaltigen Entwicklungspolitik in die Wirtschaftspolitik als eine Herausforderung, die bewältigt werden muss.

Sie unterstreichen die Notwendigkeit einer sektorübergreifenden Kooperation sowie die Integration von Aktionsprogrammen in die

Entwicklungsstrategien. Nur so kann Desertifikation umfassend gelöst und unproduktive Doppelarbeit vermieden werden. Da ein NAP mehrere Sektoren wie zum Beispiel Land-, Forst- und Wasserwirtschaft berührt, kann so die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ministerien gefördert und auf unangemessene Landbewirtschaftung oder bestimmte mit nachhaltiger Landnutzung unvereinbare Handelspraktiken hingewiesen werden. Darüber hinaus fordern die Vertragsstaaten, konventionsbezogene Maßnahmen in bilaterale und multilaterale Verhandlungen mit einzubeziehen.

Relevante Teile der Konvention:

Artikel 4, 5, 8, 9, 10 und 11 sowie die Anlage über die regionale Durchführung in Afrika, Artikel 4, 8 und 9.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)



Partnerschaftsabkommen zwischen Gebern und betroffenen Ländern

Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation zielt darauf ab, langfristige Partnerschaften zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Ökosysteme in Trockengebieten zu unterstützen und die Verteilung und Investition offizieller Entwicklungshilfe zu verbessern.

Die Bereitschaft zur Leistung von Entwicklungshilfe nimmt derzeit ab, insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Die Konvention verweist darauf, dass ihr Konsensansatz die Kohärenz von politischen Maßnahmen und einen effektiveren Einsatz von Entwicklungshilfe fördert. Vertragsstaaten der Geberländer sind daher aufgerufen, dieses multilaterale Instrument zu nutzen, dessen Potenzial nur mit ihrer aktiven Beteiligung realisiert werden kann. Von Desertifikation betroffene Vertragsstaaten hingegen sollten das Regelwerk der nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen weiterhin überwachen und ausweiten, um den größtmöglichen Nutzen aus den begrenzten verfügbaren Mitteln zu erzielen.

Die Konvention baut auf den Lehren aus der Vergangenheit auf und bringt einen internationalen Konsens für einen integrierten Handlungsrahmen zum Ausdruck.

Über die Jahre hinweg wurden viele Kenntnisse darüber gewonnen, wie Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden kann, insbesondere wenn es um marginale Ökosysteme und niedere Einkommensgruppen

geht. Allgemein besteht Einigkeit darüber, dass viele der vergangenen Hilfsbemühungen nicht ausreichend durchdacht waren. Sie krankten an der „Angebotsorientierung“ seitens der finanzierenden Organisation, an der Planung „von oben herab“ oder an der mangelnden Koordination auf allen Ebenen. Diese Einsichten werden in der Konvention berücksichtigt.

Partnerschaftsabkommen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Implementierung der Konvention.

Als zentraler Teil der Anlage über die regionale Durchführung in Afrika formulieren diese Abkommen explizit die Rolle eines jeden Partners bei der Umsetzung der Konvention im jeweiligen Land, einschließlich der Geberorganisationen und -regierungen, der Empfängerregierungen und der Nichtregierungsorganisationen (NROs). Dies soll dazu beitragen, die Bemühungen aufeinander abzustimmen und die Wirkung der Hilfe zu maximieren. Partnerschaftsabkommen sollten Bestandteil der Nationalen Aktionsprogramme sein oder zumindest eindeutigen Bezug zu ihnen haben. Sie können für verschiedene Zwecke genutzt werden, wie etwa zur Mobilisierung finanzieller Mittel, zur Neuausrichtung von Hilfsmechanismen, zur Auflistung von Finanzierungsquellen oder zur Entwicklung neuer Modelle der technischen Zusammenarbeit. Vergleichbare Forderungen bezüglich Koordinationsmechanismen befinden sich in allen Anhängen über die regionale Durchführung.

Der Beratungsprozess, der einem Partnerschaftsabkommen vorangeht, ist für den Umsetzungsprozess der Konvention für die betroffenen Länder von entscheidender Bedeutung.

Um den Schritt von der Programmplanung zur Programmdurchführung zu vollziehen, werden im Rahmen der Konvention die Beratungen zum Abschluss von Partnerschaftsabkommen vom Empfängerland selbst initiiert und durchgeführt. Hierzu lädt die Regierung die involvierten Partner ein, Mitglied im Koordinationsgremium für die Umsetzung der Konvention zu werden. Im Gremium sind alle für die Konvention relevanten politischen Kräfte aus verschiedenen Regierungsressorts einschließlich der Ministerien und Abteilungen, die für die Finanzierung und Planung verantwortlich sind, sowie der Gemeindevorstände, Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen und andere Akteure repräsentiert. Die Vertreter bewerten durchgeführte Aktivitäten, ermitteln zukünftige Bedürfnisse des Landes und einigen sich auf Ziele und Maßnahmen. Kohärenz innerhalb des Programms und Synergien mit anderen Ressorts werden so gefördert. Da die lokale Ebene vertreten ist, stärkt dieser partizipatorische Ansatz nicht nur den Konsens im Land insgesamt, sondern trägt auch den Anliegen internationaler Partner Rechnung, die einen direkteren Transfer von Mitteln zu den Endnutzern der natürlichen Ressourcen bevorzugen.



Foto © Daniel Chaves Aamot

Die Einrichtung des Koordinationsgremiums, welches das Empfängerland mit internationalen Partnern zusammenbringt, stellt somit das Herzstück der Konventionsumsetzung dar.

Internationale Partner können bilaterale Entwicklungsorganisationen, regionale Entwicklungsbanken und andere internationale Organisationen sein. Sie müssen sich auf eine Organisationsform einigen, die sich in die nationalen Gegebenheiten eingliedert und die Umsetzung der Verpflichtungserklärungen sicherstellt, wie z.B. in Form eines Runden Tisches. Der von Desertifikation betroffene Vertragsstaat ist auch dazu angehalten, die Problematik in nationale Armutsminierungsstrategien zu integrieren und in bilateralen Verhandlungen mit Geberpartnern gezielt vorzustellen.

Die entwickelten Vertragsstaaten akzeptieren im Großen und Ganzen die Notwendigkeit, ihre Maßnahmen zu verankern und zu koordinieren.

Geberländer müssen gewährleisten, dass die Umsetzung der UNCCD ebenfalls Kernaufgabe der eigenen Entwicklungspolitik darstellt und dass sich dies auch in der Zusam-

menarbeit mit den Partnern in Entwicklungsländern widerspiegelt. Ihre Unterstützung muss durch einen klar definierten Mechanismus für die Umsetzung der Konvention gelenkt werden, um die Berechenbarkeit der Mittel auf nationaler und regionaler Ebene sicherzustellen. Die Geberpartner, insbesondere die Regierungen entwickelter Länder, könnten auch einen gemeinsamen Beratungsprozess entwickeln, um ihren Dialog mit den Empfängerregierungen zu strukturieren. Zur besseren Koordinierung ihre Aktivitäten zur Bekämpfung der Desertifikation könnten auch Ansprechpartner für bilaterale Angelegenheiten bestimmt werden, was dazu beitragen würde, Überschneidungen und Lücken zu minimieren sowie Anfragen zur Zusammenarbeit zuzuordnen und zu beantworten.

Nichtregierungsorganisationen (NROs) wird in diesem Prozess eine noch nie dagewesene Rolle zugestanden.

NROs sind im Allgemeinen gut organisiert, agieren nahe an der Bevölkerung vor Ort und können auf ein Potenzial an qualifizierten und erfahrenen Personen zurückgreifen. Die Konvention erkennt diese Stärken an und sorgt dafür,

dass die NROs aktive Partner innerhalb dieser Partnerschaftsabkommen werden.

Die Notwendigkeit eines Durchbruchs bei der Mobilisierung ausreichender und vorhersehbarer Finanzmittel.

Partnerschaftsabkommen konnten bisher erst in wenigen Ländern eingeführt werden. In den meisten haperte es an ausreichender Koordination zwischen dem nationalen Ansprechpartner des Empfängerlandes und den betreffenden Regierungsorganen, die für die Verteilung der Entwicklungsgelder verantwortlich sind, oder an Erfahrung insgesamt. Für einen Durchbruch einer stetigen Mittelmobilisierung wird von den Vertragsstaaten primär ein erhöhtes politisches, aber auch tatsächliches Engagement der Geberländer und ein von den Ländern gesteuerter, intensiv geführter Beratungsprozess gefordert.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Artikel 10 und 14 sowie der Anlage über die regionale Durchführung in Afrika, Artikel 6, 8, 9, 18 und 19.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Beteiligungsorientierte Entwicklung: Ein „Bottom-up“-Ansatz zur Desertifikationsbekämpfung

Welche Rolle spielen die Gemeinschaften vor Ort im Rahmen der Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation?

Traditionell ist in der Planung von Entwicklungszusammenarbeit zu oft ein Handlungskonzept verfolgt worden, das von oben nach unten wirkt („top-down“). Im Rahmen eines solchen Modells beginnen Experten von außen den Planungsprozess, indem sie Ziele, Aktivitäten und erwartete Ergebnisse definieren. Manchmal besuchen sie das Gebiet, um sich mit lokalen Behörden zu beraten, diese über die Planung zu informieren und die Dorf- oder Stadtgemeinden vor Ort aufzufordern, bei der Durchführung von Projekten mitzuhelfen. Die Konvention stellt diesen Ansatz auf den Kopf. Ausgehend von der Philosophie einer beteiligungsorientierten Entwicklung basieren die Aktionsprogramme zur Bekämpfung von Desertifikation auf dem sogenannten „Bottom-up“-Ansatz: sie beginnen auf lokaler Ebene und fußen auf der Beteiligung der lokalen Bevölkerung. Die Teilhabe an der Planung gemeinsamer Aktivitäten ist eine Schlüsselbedingung für deren Nachhaltigkeit.

Warum ist die Beteiligung lokaler Bevölkerungsgruppen für die Projektplanung so wichtig?

Die Projekte müssen weiterbestehen, wenn die ausländischen Experten sich nach Projektende zurückziehen. In den letzten 20 Jahren sind Programme, die unter geringer Einbeziehung der Vorstellungen und Fähigkeiten der lokalen Bevölkerung konzipiert wurden, häufig gescheitert. Außenstehende sind nicht

immer in der Lage, die lokalen Bedürfnisse und Prioritäten zu ermitteln bzw. herauszufinden, wie man diesen am besten gerecht wird. Die Bevölkerung auf der lokalen Ebene verfügt über wertvolle Erfahrungen und ein besonderes Verständnis für ihre Umwelt. Entzieht man ihnen hingegen die Verantwortung für die Ressourcenbewirtschaftung, kann die Nutzung des Landes und anderer natürlicher Ressourcen ineffizient werden. Dies führt häufig zur Degradation des Landes. Das Konzept der beteiligungsorientierten Entwicklung erkennt das Recht lokaler Gemeinschaften auf ihre Ressourcen an, da diese mehr als irgend jemand sonst zur Verbesserung landwirtschaftlicher Produktivität und zum Erhalt des ökologischen Gleichgewichts der empfindlichen Böden beitragen. Darüber hinaus ist die Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Planungs- und Entscheidungsprozessen entscheidend für den Aufbau lokaler Kapazitäten.

Wer sollte teilnehmen?

Diejenigen, die unmittelbar mit der Bewirtschaftung, der Nutzung und den Erträgen einer bestimmten Ressource zu tun haben, müssen aktiv beteiligt werden. Im Fall der Desertifikation sind Kleinbauern (sowohl Männer als auch Frauen), Viehzüchter, Nomaden und andere lokale Landnutzer für den Prozess von ausschlaggebender Bedeutung, da sie mit dem Land aufs Engste vertraut sind. Lokale Führungskräfte wie der Dorfälteste oder der Dorfvorsteher, Vertreter von Gemeindegruppen sowie örtliche Repräsentanten (Vertreter regionaler Gebietskörperschaften und/

oder Städte) sind für die Mobilisierung ebenfalls unentbehrlich. Fachgutachter, Forscher, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Verbände sind aufgerufen, Fertigkeiten und Fachkenntnisse einzubringen.

Wann sollte die Beteiligung der lokalen Bevölkerung beginnen und wie sollte der Prozess eingeleitet werden?

Direkt zu Beginn einer Entwicklungsinitiative sollten unter Einbezug der örtlichen Ebene die Ziele und die geplanten Aktivitäten beschlossen werden. Nach dem Beginn des Programms sollten die Beteiligten regelmäßig die erzielten Fortschritte und Hindernisse festhalten. Nach Abschluss einer jeden Phase sollte ein eingesetzter Beratungsmechanismus helfen, alle Beteiligten in die Evaluierung der Ergebnisse als auch in die Abstimmung weiterer Schritte mit einzubeziehen. NROs, Basisorganisationen (community based organizations, CBOs), Frauen- und Jugendorganisationen spielen dabei eine Schlüsselrolle. Um die Bürgernähe von Entscheidungen besser zu gewährleisten, kann es für eine Regierung darüber hinaus notwendig sein, mehr Entscheidungsbefugnisse zu delegieren und Schlüsselbereiche der nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung im Rahmen der Dezentralisierung neu zu ordnen.

Wie kann die Partizipation gestärkt werden?

Der beteiligungsorientierte Prozess ist zeitaufwändig und arbeitsintensiv. Viele von Desertifikation betroffene Vertragsstaaten benötigen eine stärkere Präsenz der Zivilgesellschaft.



Foto © Xavier Conesa

Patentlösungen gibt es dabei nicht. Es ist notwendig, Kampagnen durchzuführen, um die Öffentlichkeit über die Konvention und die Nationalen Aktionsprogramme aufzuklären. Landwirtschaftliche Beratungsdienste und NROs können dabei helfen, die Menschen vor Ort mit der „beteiligungsorientierten Gestaltung von Programmen“ vertraut zu machen. Lokale Entscheidungsprozesse müssen unter Umständen angepasst und gestärkt werden. Möglicherweise müssen die Betroffenen mithin einen längeren Lern- und Vertrauensbildungsprozess durchlaufen, um die neu bereitgestellten Ressourcen, die sie nunmehr direkt verwalten, voll auszunutzen. Dabei sollte auch darauf geachtet werden, dass geschlechtsspezifische Fragen und soziale Randgruppen mit einbezogen werden.

Wie werden die Aktivitäten der lokalen Bevölkerung auf regionaler und nationaler Ebene genutzt?

Auf der lokalen Ebene finden Diskussionen wahrscheinlich sowohl in informellen Gruppen als auch in organisierten Versammlungen statt. Die Ergebnisse müssen an die Provinzebene weitergeleitet werden, um die Kooperation zwischen den Dörfern und die Bewirtschaftung der regionalen Umweltressourcen zu koordinieren und zu gewährleisten. Auf der nationalen Ebene werden dann die auf unteren Ebenen diskutierten Anregungen und Aktivitäten in ein Nationales Aktionsprogramm übersetzt. Darüber hinaus muss die nationale Regierung auf die

Wünsche der lokalen Bevölkerung eingehen, indem sie ein günstiges Umfeld schafft - einschließlich eines gesetzlichen und makropolitischen Rahmens, der die Entwicklung der Trockengebiete, die öffentliche Infrastruktur und die technische Zusammenarbeit fördert. Die nationale Regierung fungiert auch als zentrale Kontaktstelle für ausländische Geber. Idealerweise fließen durch den schrittweise ablaufenden Erstellungsprozess eines Nationalen Aktionsprogramms (NAP) Informationen und Ideen ständig zwischen den unterschiedlichen Gruppen hin und her.

Bei welchen spezifischen Programmaktivitäten ist eine Beteiligung von Interessengruppen erwünscht?

Während des Ausarbeitungs- und Umsetzungsprozesses der Nationalen Aktionsprogramme fördern die nationalen UNCCD-Ansprechpartner (die sog. Focal Points) die Idee des „Bottom-up“-Ansatzes, um die Belange der lokalen Ebene mit berücksichtigen zu können. Lokale Interessengruppen werden direkt eingeladen, ihren Beitrag einzubringen. Die aktive Beteiligung wird ebenfalls durch die Organisation von Workshops und anderen Veranstaltungen gefördert, die zum Ziel haben, die Formulierung interdisziplinärer Feldprojekte zu erleichtern, Synergien mit anderen multilateralen Konventionen zu identifizieren und nachhaltige entwicklungs-politische Maßnahmen sowie die Einrichtung von Partnerschafts-

vereinbarungen für die Durchführung des NAPs zu diskutieren.

Positive Ergebnisse und Hindernisse.

Die Stärkung der Kompetenzen von Schlüsselakteuren vor Ort hat sich als erfolgreich erwiesen, um Herausforderungen, die mit einer nachhaltigen Entwicklung verbunden sind, zu identifizieren und anzugehen. Der „Bottom-up“-Ansatz der Konvention half besonders in großen Ländern, die Beziehungen zwischen Regierungen und örtlichen Gemeinschaften zu stärken. Er begünstigte sowohl die Beteiligung von Interessengruppen als auch von Nutzern natürlicher Ressourcen am Entwicklungsprozess. Das Fehlen einer starken Zivilgesellschaft in einigen Staaten, oder in bestimmten Fällen die gefährdete Lage der öffentlichen Sicherheit, wirkt sich hingegen nachteilig auf die Beteiligung der Betroffenen am politischen Entscheidungsprozess aus. Um eine stärkere Beteiligung von NROs, Basisorganisationen sowie Frauen- und Jugendorganisationen zu fördern, sind weitere bewusstseinsbildende Maßnahmen notwendig.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Artikel 3, 5, 9 und 10 sowie die Anlage über die regionale Durchführung in Afrika, Artikel 6 und 9.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Die Rolle von Wissenschaft und Technologie

Das Komitee für **Wissenschaft und Technologie (CST)** setzt sich aus Regierungsvertretern zusammen und berät die Konferenz der Vertragsstaaten (COP) in wissenschaftlichen und technologischen Belangen mit thematischem Bezug zu Desertifikation und Trockenheit. Das CST tagt während der regelmäßigen Sitzungen der COP. Zwischen den COP-Sitzungsperioden verfolgt das CST-Büro die laufenden Aktivitäten. Auf ihrer achten Vertragsstaatenkonferenz beschlossen die UNCCD-Mitgliedsstaaten die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Komitees. Sie fand zeitgleich mit der siebten Sitzung des Komitees zur Kontrolle der Konventionsumsetzung (CRIC) im November 2008 statt. Auf der COP8 wurde zudem beschlossen, reguläre Sitzungsperioden des CST auch zwischen den COP-Sitzungen in Betracht zu ziehen.

Gemäß den Bestimmungen der Konvention arbeitet das CST folgendermaßen:

Das Komitee berät die COP hinsichtlich wissenschaftlicher und technologischer Sachverhalte. Es sammelt, analysiert und prüft relevante Daten. Durch seine Tätigkeiten in Forschung und Entwicklung trägt es insbesondere dazu bei, das Wissen über solche Vorgänge zu mehren, die zu Landdegradation, Dürren und deren Auswirkungen führen. Außerdem fördert es die Zusammenarbeit subregionaler, regionaler und nationaler Institutionen bei der Bekämpfung der Desertifikation und der Linderung von Dürrefolgen und trägt dazu bei, zwischen natürlichen und durch den Men-

schen bedingte Ursachen besser zu unterscheiden. Es zeigt zudem Möglichkeiten auf, wie eine höhere Produktivität der verfügbaren Nutzflächen und eine nachhaltigere Ressourcennutzung und -bewirtschaftung erzielt werden können.

Die Konvention fördert die internationale Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und Beobachtung.

Das Komitee dient als Bindeglied zwischen der COP und der Wissenschaft, indem es die Zusammenarbeit wissenschaftlicher Gremien auf nationaler, internationaler und nichtstaatlicher Ebene fördert und deren Dienste und Informationen nutzt. Um Doppelarbeit zu vermeiden und die Effizienz zu optimieren, steht das Komitee in einem regen Informationsaustausch mit den wissenschaftlichen Beratungsgremien anderer Konventionen und koordiniert die wissenschaftlichen Aktivitäten der COP.

Im Rahmen des CST werden neue Technologien und neues Know-how entwickelt, den betroffenen Ländern zur Verfügung gestellt und den örtlichen Gegebenheiten angepasst.

Moderne Kommunikationsnetze, Satellitenaufnahmen und Gentechnologie sind nur einige Beispiele für moderne Instrumente, die zur Bekämpfung der Desertifikation beitragen können. Zuverlässigere Wettervorhersagen und -warnungen können helfen, die Produktivität des Landes zu erhalten oder zu erhöhen, während gleichzeitig die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung und

die lokalen Lebensbedingungen verbessert werden. Dies gilt auch für neue Pflanzen- und Tierarten, die gegenüber Schädlingen, Krankheiten und anderen in Trockengebieten auftretenden Belastungen resistent sind. Photovoltaische Zellen und Windenergie könnten die Verwendung von knappem Brennholz und damit die Abholzung reduzieren. Aus all diesen Gründen verpflichtet die Konvention die Vertragsstaaten, die technologische Zusammenarbeit zu unterstützen. Sie ruft dazu auf, den Transfer, die Aneignung, die Anpassung und die Entwicklung jener Technologien zu fördern und zu finanzieren, die dazu beitragen, die Desertifikation zu bekämpfen oder ihre Auswirkungen zu bewältigen. Diese Technologien sollten zudem umwelt- und sozialverträglich sein und ökonomischen Prinzipien Rechnung tragen.

Zahlreiche internationale Organisationen und das CST haben traditionelles Wissen und Praktiken als sehr wichtige Instrumente zur Bekämpfung der Desertifikation und zur Linderung von Dürrefolgen erkannt.

Seit der Entstehung der Landwirtschaft müssen sich Menschen mit Landdegradation und dem Management natürlicher Ressourcen auseinandersetzen. Viele lokale Bevölkerungsgruppen haben Praktiken zur Bewirtschaftung von Boden und Wasser, zur Domestizierung von Pflanzen und Tieren und auch zur Wettervorhersage entwickelt. Beispiele sind die Terrassierung steiler Hänge in den Anden und im Himalaya sowie die Nutzung von Bewässerungssystemen auf der



Foto © Norbert Seebach

ganzen Welt. Viele dieser traditionellen Technologien sind noch immer in Gebrauch und haben ihre Effektivität über Jahrhunderte unter Beweis gestellt. Allzu oft haben allerdings Veränderungen in wirtschaftlichen, ökologischen oder kulturellen Belangen die Menschen dazu veranlasst, Praktiken aufzugeben, die heutzutage noch immer von Nutzen sein könnten. Die Konvention unterstreicht, dass traditionelle und lokale Technologien sowie Wissen festgehalten, gefördert und verbreitet werden sollen.

Die COP arbeitet daran, Fachleute aus Wissenschaft und Technik in einem globalen Netzwerk zusammenzubringen, um die Konvention zu unterstützen.

Unter der Federführung der COP untersuchte das CST bestehende, mit der Thematik der Desertifikation befasste Netzwerke, Institutionen, Organisationen sowie andere Einrichtungen und dokumentierte die Ergebnisse in einer Datenbank. In einer eingehenden Pilotstudie bewertet das CST nun potenziell bedeutende Einrichtungen bestimmter Regionen und weitet diese dann auf andere Regionen aus. Damit sollen der COP Wege aufgezeigt werden, wie die Zusammenarbeit verschiedenster Einrichtungen auf lokaler und nationaler Ebene vereinfacht und gestärkt werden kann. Primäres Ziel dieses Projektes ist der Aufbau eines globalen Forschungsnetzwerkes, das die

Umsetzung der Konvention unterstützt. Wissenschaftler sind daher weltweit aufgefordert, sich mit ihren Erfahrungen und ihren Forschungsergebnissen an diesem internationalen Projekt zu beteiligen.

Das Stärken von Kapazitäten, Ausbildung und Schulung sind wichtig, um den betroffenen Ländern bei ihrem Kampf gegen die Desertifikation insbesondere auf der lokalen Ebene zu helfen.

Entwicklungsländer leiden oft unter einem Mangel an Fachkenntnissen und Forschungszentren. Viele Länder benötigen zudem verbesserte hydrologische, bodentechnologische und meteorologische Dienste. Die Konvention ruft deshalb die entwickelten Länder zur Unterstützung des Ausbaus von Kapazitäten auf, um es den Entwicklungsländern zu ermöglichen, durch Wissenschaft und moderne Technologie Desertifikation effektiver zu bekämpfen.

Eine Expertengruppe (Group of Experts, GoE) hilft, die Effektivität und Effizienz des CST zu verbessern

Seit der Fertigstellung ihres Arbeitsprogramms im Jahr 2007 spielt die Expertengruppe eine wichtige Rolle im institutionellen Gefüge der UNCCD. Die Gruppe unterrichtet das CST sowohl über die neuesten relevanten Forschungsergebnisse, als auch über Ausmaß und Auswirkungen der Landdegradation, über

mögliche Szenarien und über zu ergreifende politische Maßnahmen. Unter anderem kann die Gruppe auf folgende Arbeiten verweisen: Entwicklung von Kommunikationsstrategien zwischen der Experten-Gruppe, Betroffenen und der Forschungsgemeinschaft; Erarbeitung von Leitfäden zur Aktualisierung des Weltatlas der Desertifikation; Entwicklung einer integrativen Bewertungsmethodik zur Armut und Landdegradation; Schließen von Wissenslücken über die Wechselbeziehung von Maßnahmen der Desertifikationsbekämpfung und biophysischer, sozioökonomischer und kultureller Faktoren; Ausarbeitung einer Bewertungsmethodik zur Desertifikation; Vorgaben für kurz- und langfristige Frühwarnsysteme; Entwurf gemeinsamer Richtwerte und Indikatorensysteme zur Überwachung und Bewertung von Desertifikation. Mit der Entscheidung 13/COP8 sollen die Aktivitäten des CST mit der 10-Jahres-Strategie in Einklang gebracht werden. Zukünftige CST-Sitzungen sollen in Form eines wissenschaftlich-technischen Konferenztypus gehalten werden, der durch Fachwissen aus der internationalen Gemeinschaft die Arbeit des CST bereichert.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Artikel 8, 16, 17, 24 und 25.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)



Finanzierung der Desertifikationsbekämpfung

Wie viel Geld wird benötigt, um Desertifikation zu bekämpfen?

Es ist schwer abzuschätzen, wie viel Geld genau benötigt wird, um das Ziel der Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation zu erreichen. Die Kosten werden größtenteils von den Inhalten der Nationalen Aktionsprogramme (NAPs) abhängen, mit deren Hilfe die betroffenen Länder die Konvention umsetzen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Program, UNEP) schätzt, dass effektive globale Maßnahmen über einen Zeitraum von 20 Jahren 10-22 Milliarden US-Dollar pro Jahr kosten würden. Dagegen führt nach Berechnungen von UNEP die Desertifikation in den betroffenen Ländern gegenwärtig zu Einnahmeverlusten von jährlich rund 42 Milliarden US-Dollar.

Welches sind die wichtigsten Finanzierungsquellen?

Die größte Finanzierungsquelle liegt in den betroffenen Ländern selbst. Die größte externe Quelle für Afrika ist die bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, die in Form von Zuschüssen oder Krediten zu Vorzugsbedingungen gewährt wird. Die wesentlichen externen Finanzierungsquellen für Lateinamerika und Asien sind auf kommerzieller Basis gebilligte multilaterale Bankkredite. Ausländische Privatinvestitionen sind in dieser Region ebenfalls bedeutend, während sie in Afrika noch nicht nennenswert genutzt werden. Die Weltbank, der Internationale Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung

(International Fund for Agricultural Development, IFAD), regionale Entwicklungsbanken und andere internationale Finanzinstitutionen sowie die Organisationen und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Nichtregierungsorganisationen (NROs) sind eine weitere bedeutsame Quelle, insbesondere in Afrika. Seit der Aufnahme der Landdegradation als Schwerpunktgebiet der Globalen Umweltfazilität (Global Environment Facility, GEF) und der Auflage des dazugehörigen Programms zur Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft (OP-15) im Jahre 2003 kann bei der Konventionsdurchführung auf bis dahin ungenutzte finanzielle Mittel zurückgegriffen werden. Damit ist auch GEF ein wichtiger Geldgeber.

Welche finanziellen Verpflichtungen gehen die Vertragsstaaten ein?

Von den betroffenen Entwicklungsländern wird erwartet, dass sie für die effektive Konventionsumsetzung gemäß den örtlichen Gegebenheiten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten angemessene Mittel bereitstellen. Die Industrieländer sollen „signifikante finanzielle Mittel und andere Formen der Unterstützung“ einschließlich Zuschüsse und Darlehen zu Vorzugsbedingungen aus bilateralen und multilateralen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Diese Länder sichern weiterhin zu, sich mit Hilfe von GEF um neue zusätzliche finanzielle Mittel für die Bekämpfung der Desertifikation im Rahmen

des OP-15-Programms zu bemühen. Neben der finanziellen Förderung von Projekten zur Bekämpfung der Landdegradation wird im Rahmen des OP-15-Programms auch darüber nachgedacht, durch gezielte Maßnahmen im Bereich des Auf- und Ausbaus von Kapazitäten die Erarbeitung von Aktionsprogrammen und Nationalberichten zu unterstützen. Die Aktionsprogramme haben sich als kostspielig erwiesen. In dieser Hinsicht ist die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und anderen nicht-staatlichen Organisationen von besonderer Bedeutung, um Maßnahmen wie beispielsweise die Schuldenumwandlung (sog. debt swaps) oder andere innovative Mittel der Schuldenreduzierung zu fördern. Darüber hinaus kann jeder Vertragsstaat betroffenen Entwicklungsländern freiwillig finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Wie wird der Fluss der Finanzmittel von den Gebern zu den betroffenen Ländern koordiniert, um die beste Wirkung zu erreichen?

Während ihrer ersten Sitzung im Oktober 1997 ist die Konferenz der Vertragsstaaten übereingekommen, den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) als Gastinstitution des Globalen Mechanismus (GM) zu wählen. Die Rolle des GM besteht vor allem darin, finanzielle Ressourcen als auch technologisches Know-how für die betroffenen Länder zu mobilisieren und zu transferieren. Mit dem neuen Schwerpunkt von GEF wurde die Rolle des Globalen Mechanismus als Finanzvermitt-



Foto © Kushal Gangopadhyay

ler insbesondere im Hinblick auf die erforderliche Kofinanzierung bei GEF-Projekten aufgewertet.

Wie werden Finanzmittel denjenigen Projekten und Aktivitäten zugeleitet, die sie am meisten brauchen?

Die Konvention unterstützt die Mittelvergabe durch einen integrierten „Bottom-up“-Ansatz. Dieser wirkt von „unten nach oben“ und beinhaltet die Beteiligung der lokalen Bevölkerungsgruppen. Die Anlage über die regionale Durchführung in

Afrika legt fest, dass Empfängerregierungen politische Maßnahmen und Verfahren einrichten, um Mittel effektiver an Gruppen auf der lokalen Ebene weiterzuleiten. In dem Bemühen sicherzustellen, dass die lokale Ebene jene externen Mittel erhalten, die sie für die Durchführung eigener Programme benötigen, räumen die Empfängerregierungen nichtstaatlichen Organisationen eine nie da gewesene Bedeutung ein. Ebenfalls schaffen die Regierungen Rahmenbedingungen, der die Aufbringung finanzieller Mittel erleichtert und garantiert, dass die

Finanzierung von Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung in das übergeordnete nationale Entwicklungsprogramm integriert wird.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Artikel 5, 6, 13, 20 und 21 sowie die Anlage über die regionale Durchführung in Afrika (Artikel 15), Lateinamerika und der Karibik (Artikel 6), Asien (Artikel 6) und Zentral- und Osteuropa (Artikel 7).



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Institutionen und Verfahren der Konvention

Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation wurde unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ausgehandelt.

Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development, UNCED), auch bekannt als der Umweltgipfel von Rio, empfahl der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Juni 1992 die Einrichtung eines zwischenstaatlichen Verhandlungsausschusses (Intergovernmental Negotiating Committee on Desertification, INCED), um eine Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika, auszuarbeiten. Der Ausschuss traf zu fünf vorbereitenden Sitzungen zusammen, bevor er die Konvention am 17. Juni 1994 in Paris verabschiedete.

Die Konvention trat am 26. Dezember 1996 in Kraft, 90 Tage nach ihrer Ratifizierung durch 50 Länder.

Bis Oktober 2008 zählte die Konvention 193 Vertragsstaaten. Nach Unterzeichnung der Konvention durch einen Vertreter der Regierung des jeweiligen Landes wird sie durch das entsprechende gesetzgebende Organ ratifiziert. Die Regierung schickt dann ihr Ratifizierungsdokument zu den Vereinten Nationen nach New York. 90 Tage nach Hinterlegung ihrer Ratifizierungs- oder Beitrittsdokumente werden Länder Vertragsstaaten und damit rechtlich verantwortlich für die Ausführung ihrer im Vertrag festgelegten Verpflichtungen.

Während nur nationale Regierungen, Vertragsparteien der UNCCD werden können, sind andere Gremien und Organisationen berechtigt, an der Konferenz der Vertragsstaaten (COP) als Beobachter teilzunehmen.

Internationale Konventionen sind rechtliche Vereinbarungen zwischen souveränen Ländern. Die Konvention kann jedoch veranlassen, dass nationale und internationale Organisationen sowie kompetente Nichtregierungsorganisationen (NROs) an den Vertragsstaatenkonferenzen teilnehmen können und zu dessen Arbeit beitragen. NROs haben nicht nur im Laufe der Entstehung der Konvention eine bedeutende Rolle gespielt, sondern sie schaffen auch weiterhin öffentliches Bewusstsein und setzen sich bei Parlamentariern für die wirksame Durchführung der Konvention ein. Mithin stellen die NROs wichtige Informationen, Fachkenntnisse, Kontakte sowie Forschungs- und Verwaltungspotential bereit.

Die Konferenz der Vertragsstaaten überwacht regelmäßig die Durchführung der Konvention.

Die COP wurde von der Konvention als oberstes Entscheidungsgremium eingerichtet und umfasst nicht nur alle Regierungen, welche die Konventionsvereinbarungen ratifiziert haben, sondern auch regionale Organisationen für wirtschaftliche Integration wie etwa die Europäische Union. Die COP tagt in zweijährlichem Rhythmus und hat im Jahr 2008 ihre achte Sitzung gehalten. Eine ihrer Hauptaufgaben ist es, von den Vertragsstaaten eingereichte Sachstandsberichte zur Umsetzung

der Konvention zu überprüfen, auf deren Basis die COP dann ihre Empfehlungen ausspricht. Zudem hat die COP die Befugnis, den Konventionstext zu ändern, neue Paragraphen zu beschließen oder neue Anlagen wie etwa zusätzliche regionale Anlagen zur Durchführung zu verabschieden. Auf diese Weise kann die COP die Konvention je nach Veränderung der globalen Gegebenheiten und der nationalen Bedürfnisse steuern. Zur Unterstützung der COP sieht die Konvention verschiedene andere untergeordnete Gremien vor und gestattet der COP, wenn nötig zusätzliche Gremien einzurichten.

Das Komitee für Wissenschaft und Technik (CST) berät die COP in wissenschaftlichen und technologischen Fragen.

Das CST ist ein Hilfsgremium der COP. Es versorgt die COP mit wissenschaftlichen und technologischen Informationen und Empfehlungen bezüglich der Bekämpfung der Desertifikation und der Linderung von Auswirkungen der Dürre. Es ist multidisziplinär zusammengesetzt, für die Teilnahme aller Vertragsstaaten offen und besteht aus Regierungsvertretern, die über relevante Fachkenntnisse verfügen. Das Komitee berichtet der COP regelmäßig über seine Arbeit, unter anderem im Rahmen der COP-Sitzungen. Zwischen zwei Sitzungen der COP ist das Büro des CST für die Fortführung der wissenschaftlichen Aktivitäten der Konvention verantwortlich.



Foto © UNCCD sekretariat

Das Komitee zur Überwachung der Konventionsumsetzung (Committee for the Review of the Implementation of the Convention, CRIC) hilft der COP, die Implementierung der Konvention regelmäßig zu überprüfen.

Ein neues Verfahren, den Fortschritt der Konventionsimplementierung zu überprüfen, wurde auf der fünften Vertragsstaatenkonferenz beschlossen. Die Vertragsstaaten einigten sich auf die Einrichtung eines der COP untergeordneten Gremiums, welches die Sachstandsberichte der Vertragsstaaten und Beobachter sowie die durch das CST und den Globalen Mechanismus (GM) übermittelten Information und Empfehlungen prüft und über die Umsetzung der Konvention auf nationaler, regionaler und subregionaler Ebene Bericht erstattet. Das Komitee tagt jährlich während und zwischen den ordentlichen Sitzungen der COP. Sein Mandat und Tätigkeitsbereich ebenso wie der Zeitplan seiner Sitzungen werden durch die neunte Vertragsstaatenkonferenz neu festgelegt und mit den Anforderungen der Zehnjahresstrategie und den Rahmenvereinbarung zur Verbesserung der Konventionsumsetzung harmonisiert. Der Prozess der Umsetzungsverfolgung, der in dem CRIC mündet, umfaßt auch Konsul-

tationen auf subregionaler und regionaler Ebene. Der COP können auf diese Weise konkrete Vorschläge für weitere Schritte zur Umsetzung der Konvention vorgelegt werden. Die Bewertung der Fortschritte vollzieht sich entlang thematischer Schwerpunkte, die von der COP unter Berücksichtigung von geographischen Faktoren festgelegt werden.

Die COP wird durch ein Sekretariat unterstützt.

Wie die Sekretariate anderer Konventionen unterstützt das Sekretariat primär die COP. Dazu gehört, dass das Sekretariat die COP-Sitzungen vorbereitet, Dokumente und Informationen erstellt und übermittelt, die Koordination mit anderen relevanten Gremien übernimmt sowie gemeinsame Beratungen und andere Maßnahmen unterstützt. Auf Anfrage gewährt es betroffenen Entwicklungsländern Hilfe bei der Zusammenstellung und Übermittlung von Informationen, die im Rahmen der Konvention erforderlich sind. Die betroffenen Entwicklungsländer können sich ebenfalls an das Sekretariat wenden, um Informationen oder Rat einzuholen, beispielsweise bei der Organisation ihrer nationalen Beratungsprozesse.

Der Globale Mechanismus (Global Mechanism, GM) hilft der COP bei der Suche nach Finanzmitteln für konventionsbezogene Aktivitäten und Programme.

Dieser Mechanismus wurde nicht geschaffen, um Finanzmittel aufzubringen oder zu verwalten. Stattdessen ermutigt und hilft der GM Geber, Empfänger, Entwicklungsbanken, NROs und andere Stellen, Finanzmittel aufzubringen und sie dorthin zu leiten, wo sie am meisten benötigt werden. Der GM soll eine bessere Koordinierung zwischen bestehenden Geldquellen sowie eine größere Effizienz und Effektivität bei der Verwendung von Finanzmitteln fördern. Der GM arbeitet unter der Aufsicht der COP, die dessen Politik, Operationsmodalitäten und Aktivitäten überprüft. Mit der Entscheidung 3 der COP 8 wurde das Sekretariat dazu aufgefordert, zusammen mit dem GM einen Arbeitsplan zu entwerfen. Dieser soll dazu dienen, dass sich die beiden Einrichtungen auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und Komplementaritäten aufdecken, um so ihre Dienstleistungen und die Kooperation zwischen ihren Hauptsitzen und Niederlassungen zu verbessern. Der Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in Rom fungiert als Gastinstitution für den GM.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)



Desertifikation, globaler Wandel und nachhaltige Entwicklung

Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation kann nicht losgelöst von anderen Bemühungen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung betrachtet werden.

Der Text der Konvention bezieht sich häufig auf die Problembereiche nachhaltige Entwicklung, Klimawandel, biologische Vielfalt, Wasserressourcen, Energieressourcen, die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung und sozioökonomische Faktoren. Obwohl die Wechselwirkungen zwischen diesen Bereichen und der Desertifikation oft nicht vollständig bekannt sind, spielen sie zweifelsohne eine wichtige Rolle. Die Konvention betont daher die Notwendigkeit, Aktivitäten der Bekämpfung der Desertifikation mit Forschung und Strategien anderer relevanter Themen in Einklang zu bringen.

Die Bekämpfung der Desertifikation ergänzt die Aktivitäten zum Schutz der biologischen Vielfalt.

Obwohl viele Menschen dazu neigen, das Problem der biologischen Vielfalt ausschließlich mit tropischen Regenwäldern in Verbindung zu bringen, verfügen Ökosysteme in Trockengebieten ebenfalls über eine reichhaltige Flora und Fauna mit einzigartigen Pflanzen- und Tierarten. Viele der für die Menschheit wichtigsten pflanzlichen Nahrungsmittel, wie beispielsweise Gerste und Hirse, haben ihren Ursprung in Trockengebieten. Einheimische Arten nehmen nach Einführung von leistungsfähigeren Sorten zwar

schnell ab, bleiben aber aufgrund ihrer Resistenz gegenüber Stressfaktoren wie beispielsweise Pflanzenkrankheiten eine wichtige Ressource für Pflanzenzüchter. Einige Arten in Trockengebieten bilden auch eine Quelle für Medikamente, Harze, Wachse, Öle und andere kommerzielle Produkte. So liefern Trockengebiete ein Drittel der in den Vereinigten Staaten von Amerika aus Pflanzen gewonnenen Medikamente, und sie sind wichtige Lebensräume für wild lebende Tierarten, darunter größere Säugetiere und Zugvögel. Diese Lebensräume sind besonders anfällig für Landdegradation.

Landdegradation beeinträchtigt die Quantität und Qualität von Süßwasservorkommen.

Dürre und Desertifikation gehen einher mit niedrigeren Wasserspiegeln in Flüssen, Seen und wasserführenden Gesteinsschichten. Beispielsweise können durch nicht-nachhaltige Bewässerungspraktiken Flüsse austrocknen, die große Seen speisen. Auf diese Weise sind die Uferlinien des Aralsees wie auch des Tschadsees dramatisch zurückgegangen. Wasserkrisen sind in vielen Teilen der Welt Auslöser für politische Spannungen, insbesondere dort, wo Flüsse und Seen nationale Grenzen überschreiten. Landdegradation ist auch eine der wichtigsten Ursachen für die vom Festland ausgehende Verschmutzung der Ozeane, da verunreinigtes Sediment und Wasser von größeren Flüssen in die Meere gespült wird.

Natürliche Klimaschwankungen können sich stark auf das Vorkommen und die Verteilung von Dürreperioden auswirken.

Temperaturmuster der Meeresoberfläche verdeutlichen eindrucksvoll die Beziehung zwischen globalen Klimaschwankungen und Dürre. Die Erforschung solcher Klimamuster hat bereits zu einer verbesserten Vorhersage saisonaler Regenfälle geführt. Bemühungen, solche Vorhersagen noch verlässlicher zu machen, sind ein wichtiger Teil der Nationalen Aktionsprogramme zur Bekämpfung der Desertifikation und werden den Bauern und Tierhaltern (oder Viehzüchtern) in Trockengebieten helfen, sich besser auf Dürreperioden einzustellen. Desertifikation hat ebenfalls Auswirkungen auf den Klimawandel, da ein Boden, der aufgrund der Landdegradation nicht mehr über eine ausreichende Vegetationsdecke verfügt, vermehrt Emissionen abgibt und zudem die Fähigkeit verliert, Kohlenstoff in sich aufzunehmen. Insofern könnte die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts in Trockengebieten einen überaus positiven Einfluss auf die globalen Klimamuster ausüben.

Klimawandel und Desertifikation

Der Klimawandel spielt eine wichtige Rolle bei der Beschleunigung von Desertifikationsprozessen. Die durch die globale Erwärmung ausgelösten Wetterextreme, wie Dürre oder flutartige Niederschläge, verstärken den Prozess der Landde-



Foto © Tongjing Lu

gradation und führen in der Folge zur Ausweitung bereits bestehender Probleme wie Armut, Vertreibung und vermehrte Konflikte. Während bereits heute die Desertifikation für signifikante Fluchtbewegungen sorgt, könnten, wenn sich der Klimawandel weiter verschärft, bis 2050 mehr als eine Billion Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Dies entspricht einem Siebtel der heutigen Weltbevölkerung.

Desertifikation hat unterschiedliche Auswirkungen auf den Klimawandel.

Die Degradation von Land führt häufig zu einer Reduzierung der Oberflächenfeuchtigkeit. Dadurch steht weniger Verdunstungswasser zur Verfügung, so dass mehr Energie bleibt, um den Boden und somit auch die unteren Schichten der Atmosphäre zu erwärmen. Unterdessen führt Winderosion in

Trockengebieten zur Freisetzung von Staub und anderen Partikeln in die Atmosphäre. Indem diese die Sonnenstrahlen absorbieren bzw. in den Weltraum reflektieren, können sie dazu beitragen, die Erdoberfläche abzukühlen. Die Energie, die sie absorbieren, kann allerdings die unteren Schichten der Atmosphäre aufheizen und auf diese Weise Temperaturunterschiede zwischen den vertikalen Schichten der Atmosphäre reduzieren. Dies kann wiederum zu weniger Regenfällen und somit zu trockenen Böden führen. Schließlich werden durch das periodische Abbrennen von aridem und semiaridem Grasland - oft in Verbindung mit einer nicht nachhaltigen Bewirtschaftung des Landes durch Brandrodung - Treibhausgase freigesetzt. Dies gilt auch für die nicht nachhaltige Nutzung von Brennholz und Holzkohle, die eine wichtige Ursache für Landdegradation darstellt. Auf der anderen Seite

ist es wahrscheinlich, dass die Wiederaufforstung, neben ihren Beitrag zum Schutz der Böden auch einen abkühlenden Effekt haben wird.

Desertifikation verschärft Armut und politische Instabilität.

Sie trägt deutlich zu Wasserknappheit, Hungerkatastrophen, der Vertreibung von Menschen, Wanderungsbewegungen und dem Zusammenbruch gesellschaftlicher Strukturen bei. Diese Faktoren bilden den Nährboden für politische Instabilität, Spannungen zwischen benachbarten Ländern und selbst für bewaffnete Konflikte. Es gibt immer mehr Anzeichen dafür, dass eine enge Beziehung zwischen zivilen Unruhen und Konflikten einerseits und Umweltfaktoren wie etwa Desertifikation andererseits besteht.



Konvention der Vereinten Nationen zur
Bekämpfung der Desertifikation
in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer
betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Die Bekämpfung der Desertifikation in Afrika

Die Desertifikation wirkt am folgenschwersten in Afrika.

Zwei Drittel des Kontinents sind Wüste oder Trockengebiete. Es gibt ausgedehnte landwirtschaftlich genutzte Trockengebiete, von denen bereits nahezu drei Viertel bis zu einem gewissen Grad verödet sind. Die Region wird häufig von schlimmen Dürren heimgesucht. Viele afrikanische Länder sind Binnenstaaten, leiden unter weit verbreiteter Armut, benötigen ausländische Hilfe und sind für das Überleben ihrer Bevölkerung unmittelbar von der lokalen Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen abhängig. Sie sind mit schwierigen sozioökonomischen Bedingungen konfrontiert und verfügen nur über unzureichende institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen, eine unvollständige Infrastruktur sowie geringe Kapazitäten im Bereich Wissenschaft, Technik und allgemeine Ausbildung. Diese schwierigen Bedingungen erklären, warum afrikanische Länder soviel Energie aufgewendet haben, um die internationale Gemeinschaft von der Notwendigkeit der „Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika“ zu überzeugen.

Desertifikation in Afrika hängt eng mit Armut, Wanderungsbewegungen und der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung zusammen.

In vielen afrikanischen Ländern sind die Bekämpfung der Desertifikation und die Entwicklungsförderung aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung der natürlichen Ressourcen und der Landwirtschaft praktisch identisch. Wenn Menschen in Armut leben, bleibt ihnen kaum etwas anderes übrig, als das Land

übermäßig zu nutzen. Wenn die Bewirtschaftung des Landes schließlich unwirtschaftlich wird, sind diese Menschen häufig gezwungen, an einen anderen Ort zu ziehen, sei es innerhalb des Landes oder über die Landesgrenzen hinweg. Dies wiederum kann die Umwelt zusätzlich belasten sowie soziale und politische Spannungen und Konflikte verursachen. (Der Zusammenhang mit Wanderungsbewegungen war auch bei der Anerkennung der Desertifikation als ein globales Problem - vergleichbar mit dem Klimawandel und dem Verlust der biologischen Vielfalt - durch die internationale Gemeinschaft von Bedeutung.) Letztendlich steht die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung auf dem Spiel, wenn Menschen, deren Existenzgrundlage bereits gefährdet ist, mit schweren Dürreperioden und anderen Umweltkatastrophen zurechtkommen müssen.

Die Anlage der Konvention über die regionale Durchführung in Afrika entwirft eine Aktionsstrategie für den Kontinent.

Diese Anlage ist die detaillierteste und umfassendste der vier regionalspezifischen Anlagen der Konvention. Die darin enthaltenen Vorschläge für die Nationalen Aktionsprogramme profitierten von einem früh entwickelten Problembewusstsein, welches dazu führte, dass die Vertragsstaaten einen Beschluss über dringende Maßnahmen für Afrika verabschiedeten, der noch im Juni 1994, also rund zweieinhalb Jahre vor der Konvention selbst, in Kraft trat.

Nationale Aktionsprogramme unterstreichen die Bedeutung von Bewusstseinsbildung.

In den letzten Jahren haben die meisten afrikanischen Staaten Seminare

zur Schaffung eines Problembewusstseins in ihren Ländern durchgeführt und damit den Prozess zur Formulierung ihrer Nationalen Aktionsprogramme (NAPs) eingeleitet. Verschiedenste Interessenvertreter kamen zusammen, um sich mit der Konvention und der dahintersteckenden Philosophie sowie mit der auf das Land am besten zugeschnittenen Umsetzung der Konvention auseinanderzusetzen. In einigen Ländern wurden Seminare auf lokaler Ebene durchgeführt, damit die direkt von Desertifikation betroffenen Menschen einbezogen werden.

Die Durchführung von NAPs kann nur gelingen, wenn die Beratungen kontinuierlich fortgesetzt werden.

Zu Beginn des Jahres 2008 haben 41 afrikanische Länder ihre Nationalen Aktionsprogramme fertiggestellt, bestätigt und verabschiedet. Diese Länder sind:

Ägypten, Äquatorialguinea, Algerien, Äthiopien, Benin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Eritrea, Gambia, Garbun, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Kongo, Lesotho, Libyen, Madagaskar, Malawi, Mali, Marokko, Mauretanien, Mosambik, Niger, Nigeria, Sambia, Senegal, Simbabwe, Sudan, Südafrika, Swaziland, Tansania, Togo, Tschad, Tunesien und Uganda.

Folgende Länder befinden sich noch in der Ausarbeitungsphase ihres Aktionsprogramms: Angola, Elfenbeinküste, Libyen, Komoren, Mauritius, Namibia, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Seychellen, Sierra Leone, Somalia, Zentralafrikanische Republik. Die Vorbereitung von NAPs ist ein dynamischer, fortlaufender Prozess, und der Status jedes Landes ändert sich mit der Zeit. Damit die NAPs erfolgreich umgesetzt werden können, müssen sie

in andere nationale Strategien für nachhaltige Entwicklung, wie zum Beispiel dem Strategiepapier zur Armutsminderung, integriert werden. Gleichzeitig müssen Beratungsprozesse eingeleitet werden, die darauf ausgerichtet sind, Partnerschaftsabkommen zu verfassen. Die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) ist von besonderer Bedeutung, und ihr wertvoller Beitrag wird allgemein anerkannt.

Fünf Subregionale Aktionsprogramme (SRAP) sind ebenfalls fertiggestellt worden.

Die bestehenden subregionalen Organisationen in fünf Subregionen Afrikas, die mit der Koordinierung dieser Programme betraut wurden, sind die Arabische Maghreb-Union (Arab Maghreb Union, AMU) für Nordafrika, der Ständige Zwischenstaatliche Ausschuss zur Dürrebekämpfung in der Sahelregion (Comité Inter Etats de Lutte contre la Sécheresse au Sahel, CILSS) für Westafrika, die Zwischenstaatliche Organisation für Entwicklung (Intergovernmental Authority for Development, IGAD) für Ostafrika, die Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika (South African Development Community, SADC) und die Waldkommission Zentralafrikas (Commission des Forêts de l'Afrique Centrale, COMIFAC). Während lokale Organisationen im Prozess der Ausarbeitung von NAPs eine wichtige Rolle spielen, fungieren solche spezialisierten zwischenstaatlichen Organisationen als Hauptansprechpartner bei der Entwicklung von SRAPs. Soweit es möglich ist, sollen diese Programme versuchen, Synergieeffekte mit anderen regionalen Zielen zu erreichen. So wird beispielsweise ein Projekt, das geeignete elektronische Systeme einsetzt, um subregionale Organisationen miteinander sowie mit den entsprechenden Mitgliedsstaaten zu verbinden, zur Stärkung des regionalen Kommunikationsnetzes beitragen.

Ein regionales Aktionsprogramm (RAP) ist ebenfalls in Entwicklung.

Eine Regionale Koordinierungseinheit (Regional Coordination Unit, RCU) mit Sitz in der Afrikanischen Entwicklungsbank in Tunis ist seit Anfang 2000 in Betrieb. Ihre Haupt-

aufgabe ist die Unterstützung der Durchführung des RAPs. 1997 wurde eine Pan-Afrikanische Konferenz gehalten, die Empfehlungen zur Umsetzung der UNCCD aussprach. 1998 bis 1999 wurden sieben thematische Workshops durchgeführt, um die Bildung von Thematischen Programmnetzwerken (TPNs) zu prüfen, welche die integrierte Bewirtschaftung folgender Bereiche fördern sollen: (TPN1): internationale Flüsse, Seen und hydrogeologische Becken; (TPN2): Land- und Forstwirtschaft sowie Bodenschutz; (TPN3): Weidelandnutzung und Futterpflanzen; (TPN4): ökologische Überwachung, Kartierung natürlicher Ressourcen, Fernaufklärung und Frühwarnsysteme; (TPN5): neue und erneuerbare Energiequellen und Technologien; (TPN6): nachhaltige Methoden in der Landwirtschaft. Koordiniert werden die TPNs jeweils von einem Vertreter einer auf das Themengebiet spezialisierten Institution. Mittlerweile sind alle TPNs errichtet und arbeiten an der Realisierung verschiedenster Projekte.

Die afrikanischen Länder haben einen guten Start gehabt, aber die eigentliche Arbeit liegt noch vor ihnen. Um erfolgreich zu sein, müssen die betroffenen Länder sicherstellen, dass die Bekämpfung der Desertifikation höchste Priorität erhält. Sie müssen sich aktiv für Rahmenbedingungen einsetzen, in denen sie die entsprechenden rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Maßnahmen ergreifen. Beispielsweise kann es erforderlich sein, ihre Regeln für die Nutzung und den Besitz von Land zu ändern, die Regierungsverwaltung weiter zu dezentralisieren und die politischen Rechte auf lokaler Ebene zu stärken.

Gleichzeitig müssen ausländische Partner unter Beweis stellen, dass sie sich voll und ganz den Prinzipien der Konvention verschreiben, indem sie produktive Partnerschaften mit betroffenen Ländern eingehen. Um den NROs und den Bürgern der jeweiligen Länder eine aktive Rolle während der gesamten Durchführungsphase zu gewähren, sind weitere Anstrengungen nötig, einschließlich des Aufbaus von Kapazitäten und finanzieller Hilfe.

In Pilotprojekten wurden mit Hilfe der Globalen Umweltfazilität (Global Environment Facility, GEF) und seiner Durchführungsorganisationen nationale Partnerschaftsforen initiiert. Teilnehmerländer einer solchen ersten Länderpartnerschaft (Country Pilot Partnership CPP) sind Burkina Faso, Namibia und Äthiopien. Die TerrAfrica-Initiative, die durch die Weltbank in Zusammenarbeit mit der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) veranlasst wurde, engagiert sich ebenfalls.

Die Annahme der 10-Jahres-Strategie (10-Jahres-Strategie und Rahmenvereinbarung zur Verbesserung der Konventionsumsetzung), die klare strategische und operative Ziele vorgibt und bis 2018 zu erfüllen ist, scheint neue Impulse ausgelöst zu haben. Diese könnten durch die afrikanischen Vertragsstaaten und ihrer Partner genutzt werden, um die Implementierung der Nationalen Aktionsprogramme voranzutreiben.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Anlage I: Anlage über die regionale Durchführung in Afrika.



Foto © Roberto Neumiller



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Die Bekämpfung der Desertifikation in Asien

Die Desertifikation nimmt auf dem ausgedehnten asiatischen Kontinent verschiedene Formen an.

Bei einer Gesamtfläche von 4,3 Milliarden Hektar gibt es in Asien etwa 1,7 Milliarden Hektar arides, semiarides und trocken-subhumides Land, das sich von der Mittelmeerküste bis zu den Ufern des Pazifiks erstreckt. Zu den verödeten Gebieten gehören unter anderen die sich ausdehnenden Wüsten in China, Indien, Iran, der Mongolei und Pakistan, die Sanddünen Syriens, die stark erodierten Berghänge Nepals sowie die abgeholzten und überweideten Hochlandregionen der Volksrepublik Laos. Gemessen an der Anzahl der Menschen, die von Desertifikation und Trockenheit betroffen sind, ist Asien der am stärksten belastete Kontinent.

Die Anlage über die regionale Durchführung der Konvention in Asien erkennt die unterschiedlichen Bedingungen und Bedürfnisse der jeweiligen Länder an.

Aufeinander abgestimmte und miteinander verflochtene Aktionsprogramme sollen durch konkrete Aktivitäten auf nationaler, subregionaler und regionaler Ebene umgesetzt werden. Durch die Integration der Aktionsprogramme in Strategien zur Entwicklung der Umwelt und Nachhaltigkeit werden Ergebnis und Nutzen der betroffenen Vertragsstaaten maximiert. Die Maßnahmen auf lokaler Ebene verbinden so den Kampf gegen die Desertifikation mit Aktivitäten zur Linderung der Armut der ländlichen Bevölkerung.

Folgende asiatische Länder haben ihre nationalen Aktionsprogramme (NAPs) verabschiedet: China, Fidschi Indien, Indonesien, Iran, Kasachstan, Kirgisien, die demokratische Volksrepublik Korea,

Libanon, die Volksrepublik Laos, die Mongolei, Myanmar, Nepal, Niue, Oman, Palau, Pakistan, Philippinen, Sri Lanka, Syrien, Tadschikistan, Thailand, Turkmenistan, Tuvalu, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam, Jemen und Saudi-Arabien. Andere von der Desertifikation betroffene Länder der Region befinden sich in verschiedenen Ausarbeitungsphasen ihres jeweiligen Aktionsprogramms. (29 NAPs bis Ende März 2008.) Die Ausarbeitung ist ein dynamischer fortlaufender Prozess, und der Status eines jeden Landes ändert sich im Laufe der Zeit. Allgemein wurde der "Bottom-up"-Ansatz der Konvention bei der Ausarbeitung von NAPs angewandt, wobei vorhandene Programme über die Desertifikation von den Betroffenen einschließlich Nichtregierungsorganisationen (NROs), lokalen Behörden und Gemeindevertretern überprüft werden. Die Integration der NAPs in andere Strategien („Mainstreaming“) ist bedeutsam, um die Effektivität der Umsetzung zu erhöhen.

Am Beispiel Chinas - als einer der am meisten betroffenen Vertragsstaaten Asiens - zeigt sich die Notwendigkeit, die Bekämpfung der Landdegradation zu einem langfristigen strategischen Ziel im NAP zu machen.

Schätzungsweise 27 % der Landmasse besteht aus Wüste, und jedes Jahr fallen zusätzlich im Durchschnitt 2.460 Quadratkilometer der fortschreitenden Desertifikation zum Opfer. Fast 400 Millionen Menschen leben in diesen Gebieten, und der ökonomische Verlust für China wird jährlich auf 6,5 Milliarden US-Dollar geschätzt. China hat auf diese ernsten, sozialen und ökonomischen Konsequenzen nach sich ziehende Bedrohung der Umwelt

reagiert, indem es Gesetze erlassen und ein NAP erstellt hat. Das NAP wurde im Rahmen der Agenda 21 des Landes zur nachhaltigen Entwicklung formuliert. Das Gesetz zur Verhinderung und Bekämpfung der Desertifikation wurde im August 2001 angenommen und trat zum ersten Januar 2002 in Kraft. Koordinationsorgan ist das Nationale Chinesische Komitee zur Bekämpfung der Desertifikation (CCICCD). Es setzt sich aus 18 Ministerien bzw. Regierungsagenturen zusammen und wird von einem ständigen Sekretariat und drei weiteren Institutionen unterstützt: einem Forschungszentrum, einem Beobachtungszentrum und einem Ausbildungszentrum. In den letzten zwei Jahrzehnten hat China jährlich vier bis sechs Millionen Hektar aufgeforstet, die Mehrzahl davon mit dem Ziel, die Landdegradation unter Kontrolle zu halten und das ökologische Gleichgewicht wiederherzustellen. Seit neuestem fordert die Regierung dazu auf, Farmland an steilen Hängen und Grenzertragsböden wieder in Wälder umzuwandeln, um die Landdegradation zu minimieren.

Regionale Aktivitäten werden mit Hilfe Thematischer Programmnetzwerke (TPNs) eingeleitet.

Auf Grundlage der in der Konvention und der Anlage für Asien genannten Prinzipien wurde nach mehreren regionalen Treffen eine für die regionale Zusammenarbeit in Asien zentrale Methode eingeführt: die TPNs. Jedes Netzwerk befasst sich mit einem Hauptaspekt, entweder einer Ursache oder einer Wirkung der Desertifikation, und zielt darauf ab, durch verbesserte und innovative regionale Zusammenarbeit sowie Informationsaustausch regionale Lösungen auszuarbeiten und zu fördern. Die Netzwerke entstanden im

Anschluss an die Ministerkonferenz in Peking 1997, an das Treffen von Muskat 1998 und an die Konferenz in Taschkent 1997. Die Durchführung der NAPs ist durch die Förderung der regionalen Zusammenarbeit und den Aufbau von Kapazitäten auf nationaler und subregionaler Ebene dank der sechs TPNs, die auf der Ministerkonferenz in Peking angenommen wurden, vorangekommen. Die TPNs umfassen folgende Bereiche: TPN1: Überwachung und Bewertung der Desertifikation (mit Sitz in China und im Juni 1999 eingeleitet), TPN2: landwirtschaftliche Forstwirtschaft und Bodenschutz (mit Sitz in Indien und im Mai 2000 eingeleitet), TPN3: Bewirtschaftung von Weideland und Eindämmung von Wanderdünen (mit Sitz in Iran im Mai 2001 eingeleitet), TPN4: Umgang mit Wasserressourcen für die Trockenlandwirtschaft (mit Sitz in Syrien und im Juli 2002 eingeleitet), TPN5: Stärkung der Kapazitäten zur Milderung der Auswirkungen von Dürre und zur Bekämpfung der Desertifikation (mit Sitz in der Mongolei und im Juli 2003 eingeleitet) TPN6: Hilfestellung bei der Umsetzung von integrierten Programmen zur Entwicklung von Gemeindegebieten (mit Sitz in Pakistan und im Juni 2004 eingeleitet).

Die westasiatischen Länder setzen ein subregionales Aktionsprogramm (SRAP) zur Stärkung ihrer Aktivitäten im Rahmen der Konvention um.

Die Erfordernisse der Subregion berücksichtigend, haben die westasiatischen Vertragsstaaten und interessierte Organisationen für Westasien Programme ausgearbeitet, die eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit innerhalb der Subregion fördern. Die Aktivitäten innerhalb der SRAPs konzentrieren sich auf die zwei Hauptgebiete Wasservorräte und Pflanzenbedeckung. Aufgrund der auf der achten Vertragsstaatenkonferenz beschlossenen 10-Jahres-Strategie (10 Jahre-Strategie und Rahmenvereinbarung zur Verbesserung der Konventionsumsetzung) entschieden die Länder der Subregion, die organisatorische Ausgestaltung und Ziele des SRAP mit den Anforderungen der 10-Jahres-Strategie abzugleichen. Diese Revision soll 2008 stattfinden und sicherstellen, dass die auf subregionaler Ebene

durchgeführten Maßnahmen sowohl mit den jeweiligen Nationalen Aktionsprogrammen, als auch mit den übergeordneten Entwicklungszielen der Strategie übereinstimmen.

Von Trockenheit und Desertifikation betroffen oder stark betroffen: Alle zentralasiatischen Länder sind UNCCD-Mitgliedsstaaten.

Alle Länder Zentralasiens (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) unterliegen seit den frühen 90er Jahren einem Prozess grundlegender sozioökonomischer Reformen einschließlich Demokratisierung, Dezentralisierung, Privatisierung, verbesserter Zugang zu Informationen für Bürger und Landreformen. Diese Reformen wirken sich direkt oder indirekt auf den Umweltschutz und auch auf die Bekämpfung der Desertifikation aus. Die Länder Zentralasiens haben Maßnahmen ergriffen, die zur effektiveren Durchführung der Konvention beitragen. 2003 wurde das subregionale Aktionsprogramm zur Desertifikationsbekämpfung (SRAP/CD) beschlossen, jedoch behinderten mangelnde finanzielle Ressourcen den Prozess der Umsetzung. Im Rahmen der auf zehn Jahre angelegten, zentralasiatischen Initiative zur nachhaltigen Landnutzung (Central Asian Countries Initiative for Land Management, CACILM) wurden verschiedene Schritte unternommen, das SRAP durch nationale Projekte umzusetzen. Als ein von den Ländern gesteuertes Maßnahmen- und Mittelmobilisierungsprogramm wurde CACILM parallel zum SRAP/CD-Prozess entwickelt. Hierbei steht ein die zentralasiatischen Staaten umfassendes, gemeinsames Konzept zur nachhaltigen Landbewirtschaftung für den Zeitraum 2006-2016 im Vordergrund. Weiterhin wird im Rahmen der UNCCD in Kooperation mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Weltorganisation für Meteorologie (World Meteorological Organization, WMO) seit 2007 über die Einrichtung eines sogenannten „Drought Management Centers“ (Drought = Dürre/Trockenheit) in Zentralasien verhandelt.

Ost-, Südost- und Südasiens weisen eine große Bandbreite klimatischer



Foto © Ferdinand Singh

und biologischer Vielfalt auf.

Das Ausmaß der Bodenerosion und des daraus resultierenden Verlustes an biologischer Vielfalt und landwirtschaftlicher Produktivität bedrohen dennoch zunehmend sowohl die ökologische und ökonomische Grundlage vieler Länder. Gemeinsames Handeln ist notwendig, um den Folgen Einhalt zu gebieten. Die 1996 abgehaltene Konferenz von Delhi und die Ministerkonferenz 1997 in Peking bekräftigten das Prinzip der regionalen Zusammenarbeit, um eine weitere Landdegradation zu verhindern. Daraufhin entschieden sich die südasiatischen Vertragsstaaten in Sri Lanka im Juli 2004 für die Erstellung eines SRAPs. Die Länder sind bereits in der Schlussphase ihrer SRAP-Formulierung. Viele haben außerdem Interesse geäußert, regionale und subregionale Treffen im Rahmen der Thematischen Programmnetzwerke zu organisieren.

Probleme und Lösungsansätze der 14 Pazifikstaaten unterscheiden sich stark von denen der übrigen asiatischen Länder.

Die Staaten sehen sich mit Fragen zur nachhaltigen Entwicklung und Desertifikation konfrontiert, die um folgende Gebiete kreisen: Dürrevorsorgemaßnahmen, sinkende Produktivität, Anfälligkeit gegenüber Naturkatastrophen sowie ökonomische Erschütterungen. Seit 2007 führen die 14 Pazifikstaaten und Osttimor in Kooperation mit der UNCCD und Venezuela Maßnahmen durch, die sich auf die Landrehabilitation und Abmilderung von Dürrefolgen konzentrieren. Diese Maßnahmen unterstützen gleichzeitig lokale Initiativen, die in den Bereichen Abforstungskontrolle, Rekultivierung entwaldeter Flächen, Bodenschutz sowie Wassergewinnung tätig sind.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Anlage II: Anlage über die regionale Durchführung in Asien.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Die Bekämpfung der Desertifikation in Lateinamerika und der Karibik

Obwohl besser bekannt für ihre Regenwälder, bestehen Lateinamerika und die karibischen Inseln zu etwa einem Viertel aus Wüste und Trockengebieten (20.533.000 km²).

Die Wüsten an der Pazifikküste Lateinamerikas erstrecken sich vom südlichen Ecuador entlang der gesamten Küste Perus bis weit in den Norden Chiles. Weiter landeinwärts befinden sich auf einer Höhe von 3.000 bis 4.500 Meter die trockenen Hochebenen (Altiplano) des Andengebirges, die weite Teile Perus, Boliviens, Chiles und Argentiniens bedecken. Östlich der Anden erstreckt sich eine ausgedehnte aride Region von den nördlichen Ausläufern des Chaco in Paraguay bis nach Patagonien in Südargentinien. Im Nordosten Brasiliens befinden sich semiaride Gebiete, die von tropischem Grasland dominiert werden. Große Teile Kolumbiens und Venezuelas sind durch Landdegradation und Desertifikation bereits hochgradig zerstört. Von den in der Karibik gelegenen Staaten haben unter anderen die Dominikanische Republik, Kuba, Haiti und Jamaika aride Regionen. Auf vielen ostkaribischen Inseln nimmt die Erosion und Wasserknappheit sichtbar zu. Der größte Teil Mexikos ist arid bzw. semiarid, insbesondere der Norden. Landdegradation und massive Trockenheit lassen ganz Zentralamerika anfällig für extreme Umweltereignisse werden und verzögern mithin eine nachhaltige Entwicklung der Region.

Armut und die Belastung von Landressourcen verursachen Landdegradation in vielen dieser Trockengebiete.

In einer Region mit insgesamt 465 Millionen Einwohnern leben in Lateinamerika und der Karibik rund 110 Millionen unterhalb der Armutsgrenze.

Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation erfährt starke politische Unterstützung.

Alle Länder in der Region sind der Konvention bereits beigetreten und auch die von der UNCCD thematisierten Umweltprobleme sind integraler Bestandteil der nationalen, die nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung betreffende Prioritätenliste. Nichtregierungsorganisationen (NROs) haben ihre Aktionen mit Hilfe des Internationalen Netzes von NROs RIOD (Réseau International d'Organisations Non Gouvernementales sur la Désertification) organisiert. Dieses Netzwerk hat vier subregionale und eine regionale Anlaufstelle. Obwohl der Beitrag von RIOD wichtig ist, muss noch mehr getan werden, um die Beteiligung von NROs auf der nationalen, subregionalen und regionalen Ebene zu gewinnen.

Die Anlage über die regionale Durchführung in Lateinamerika und der Karibik betont die Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklung.

Nicht-nachhaltige Praktiken sind zum Beispiel die exzessive Bewässerung

und unangemessene landwirtschaftliche Praktiken, die unsachgemäße Interpretation der Rechtslage, der unangemessene Gebrauch von Boden, die Anwendung von Düngemitteln und Pestiziden, die Überweidung sowie die intensive Ausbeutung von Wäldern. In Kombination mit häufigen Dürreperioden und Waldbränden führen diese Praktiken nahezu unweigerlich zu Landdegradation. Der daraus resultierende Rückgang in der biologischen Produktivität von Ökosystemen bewirkt seinerseits eine Verringerung der ökonomischen Produktivität allgemein und eine Verschlechterung der Lebensgrundlage.

In den meisten Ländern wurden Nationale Aktionsprogramme (NAPs) erstellt.

Zur Zeit liegen 23 Nationale Aktionsprogramme für Lateinamerika und die Karibik vor, wobei erwartet wird, dass bis Ende 2008 die restlichen zehn Länder die Arbeit an ihrem Aktionsprogramm inklusive des geforderten „Bottom-up“-Ansatzes unter Einbeziehung aller Interessenvertreter, insbesondere der Zivilgesellschaft, abgeschlossen haben werden. Zwar werden Wissenschaft und Forschung in der Region intensiv unterstützt, in Bezug auf den für Fortschritt und Erfolg relevanten Auf- und Ausbau institutioneller und technischer Kompetenz bleibt jedoch noch einiges zu tun. Dazu gehört auch der Abgleich der Nationalen Aktionsprogramme mit anderen ebenfalls auf nationaler Ebene existierenden Umwelt- und

nachhaltigen Entwicklungsprogrammen, beides nunmehr Topthemen in vielen Ländern der Region.

Um den aktuellen Anforderungen des Implementationsprozesses gerecht zu werden, wird das 1998 beschlossene Regionale Aktionsprogramm (RAP) regelmäßig überprüft.

Die letzte große Revision des RAPs beinhaltete auch die Überprüfung der sechs regionalen thematischen Programmnetzwerke (TPNs), die sich auf folgende Themenschwerpunkte konzentrieren: (TPN1): Richtwerte für und Indikatoren der Desertifikation und Dürre, (TPN2): Informationsnetzwerk Desertifikation und Dürre (Red de Información sobre la Sequía y la Desertificación en América Latina y el Caribe DES-LAC), (TPN3): Integrierte Wasserressourcenbewirtschaftung, (TPN4): Förderung der Agrarforstwirtschaft, (TPN5): Förderung traditionellen Wissens und traditioneller Strategien, (TPN6): Nachhaltige und erneuerbare Energien. Ein regionales Koordinierungsbüro (Regional Coordination Unit, RCU) für Lateinamerika und die Karibik wurde in der regionalen Zentrale der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (United Nations Economic Commission for Latin America and Caribbean, UN-ECLAC) in Mexiko-Stadt eingerichtet, wodurch die Koordination in der Region insgesamt erleichtert und gestärkt werden konnte. Unter anderem lagen folgende Bereiche im Fokus der Koordinierungsbemühungen: Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches, wissenschaftliche, technische und finanzielle Zusammenarbeit, Partnerschaften mit anderen Institutionen und Bewertung von Projekten, die im Rahmen der



Foto © Pablo Oliveri

nationalen, subregionalen und regionalen Aktionsprogramme entwickelt und durchgeführt wurden. Eine grundlegende Überarbeitung der RAPs wird aufgrund der 2008 beschlossenen 10-Jahres-Strategie (10-Jahres-Strategie und Rahmenvereinbarung zur Verbesserung der Konventionsumsetzung) angestrebt.

Subregionale Aktionsprogramme wurden ebenfalls eingerichtet und implementiert.

Das Subregionale Aktionsprogramm (SRAP) der Region El Gran Chaco Americano (Paraguay, Bolivien und Argentinien) führt Maßnahmen zur Verhinderung sozialökonomischer und ökologisch bedingter Landdegradation durch. Das SRAP der Region Puna Americana (Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador und Peru) hat sich als wichtiges Instrument erwiesen, um den Implementierungsprozess der jeweiligen Nationalen Aktionsprogramme in der Subregion besser zu koordinieren und die Programme miteinander zu vernetzen. Ebenso unterstützt es das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung durch Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung sowie durch die verstärkte Einbindung relevanter

Interessengruppen. Die subregionalen Aktionsprogramme der Region Hispaniola (Dominikanische Republik und Haiti) als auch das SRAP Kolumbiens und Venezuelas können Fortschritte aufweisen: ersteres in der grenzüberschreitenden und beide in der institutionellen Zusammenarbeit, wobei an der Vertiefung dieser Fortschritte kontinuierlich gearbeitet wird. Neben den bereits existierenden SRAPs erarbeiten gegenwärtig sowohl die karibische (insgesamt 16 Länder) als auch die zentralamerikanische (fünf Länder) Subregion ihr jeweils eigenes SRAP. Für die Subregion sind die SRAPs von außerordentlicher Wichtigkeit, gewährleisten diese doch durch eine enge länderübergreifende Kooperation und Koordination eine effizientere Konventionsumsetzung. Aufgrund finanzieller und technischer Unterstützung in der letzten Zeit verläuft der Prozess insbesondere in Zentralamerika erfolgreicher.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Anlage III: Anlage über die regionale Durchführung in Lateinamerika und der Karibik.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Die Bekämpfung der Desertifikation im nördlichen Mittelmeerraum

Der nördliche Mittelmeerraum ist ein komplexes Mosaik unterschiedlicher Landschaften.

Er wird seit Jahrtausenden von verschiedenen Kulturen und Zivilisationen besiedelt und urbar gemacht. Ein Großteil der Region ist semiarid und saisonalen Dürreperioden mit großen Schwankungen in der Niederschlagsmenge sowie plötzlichen, heftigen Regenfällen unterworfen. Die Region weist ebenfalls eine hohe Bevölkerungsdichte, industrielle Ballungsgebiete und eine intensive landwirtschaftliche Nutzung auf. Die Menschen gebrauchen hier oft den Begriff „Wüste“, beziehen sich damit jedoch weniger auf Sanddünen als auf Wildnis, unbesiedelte Gebiete oder Abgeschiedenheit.

Die Landdegradation im Mittelmeerraum hängt häufig mit schlechten landwirtschaftlichen Praktiken zusammen.

Infolge einer Kombination von Naturkatastrophen (Dürreperioden, Überschwemmungen, Waldbrände) und menschlicher Aktivitäten (insbesondere der Übernutzung von Anbauflächen und der Überweidung) versalzen Böden, trocknen aus, werden unfruchtbar und unproduktiv. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation durch die soziale und wirtschaftliche Krise innerhalb der traditionell betriebenen Landwirtschaft sowie durch die daraus resultierende Abwanderung der Menschen von den ländlichen in die städtischen Gebiete verschärft. Das Resultat sind aufgegebene Nutz-

flächen, insbesondere auf weniger ertragreichen und erodierten Berghängen, sowie eine erlahmte landwirtschaftliche Planung und Bewirtschaftung des Landes.

Die moderne Wirtschaft trägt ebenfalls zu dem Problem bei.

Düngemittel, Pestizide, Bewässerung, Verseuchung durch Schwermetalle und die Einführung exotischer, sich massiv ausbreitender Pflanzenarten beeinträchtigen die langfristige Gesundheit der Böden in der Region. Physikalische Veränderungen im Verlauf von Fließgewässern beeinträchtigen die Qualität des Bodens durch den Bau von Wasserspeichern, die Kanalisierung von Flüssen und die Entwässerung von Feuchtgebieten. Zugleich sinkt vielerorts der Grundwasserspiegel, was unter anderem dazu führt, dass in den Küstengebieten Salzwasser in wasserführende Gesteinsschichten eindringt. Rund 80 % des in der Region verfügbaren Süßwassers werden für Bewässerungszwecke verwendet. Das weiterhin dramatisch ansteigende Wachstum von Industrie, Tourismus, intensiver Landwirtschaft und anderen modernen wirtschaftlichen Aktivitäten entlang der Küste belastet besonders die Küstengebiete. Seit den letzten fünf Jahren werden zusätzlich die Auswirkungen des Klimawandels sichtbar. Nachlassender Niederschlag und demzufolge Trockenheit haben ernstzunehmende Folgen für die Böden der Region und deren Produktivität.

Von den betroffenen Mitgliedern im nördlichen Mittelmeerraum gehören sieben der Europäischen Union an.

Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation bietet in der Anlage IV allen betroffenen Ländern des Nördlichen Mittelmeerraumes einen Rahmen zur Zusammenarbeit und zu wirkungsvolleren nationalen Maßnahmen an. Die Europäische Gemeinschaft, Frankreich, Monaco und Israel nehmen als Beobachter an den subregionalen und regionalen Treffen teil.

Die subregionale Gruppe: Griechenland, Portugal, Spanien und Türkei.

Diese Gruppe arbeitet bereits seit mehreren Jahren an subregionalen Maßnahmen. Mit Unterstützung des UNCCD-Sekretariats wurde 2004 ein regionaler Konsultationsmechanismus eingerichtet, der gemäß der Anlage IV alle Länder des nördlichen Mittelmeerraumes umfasst. Auf regionaler Ebene werden Maßnahmen vor allem durch die Einrichtung regionaler Themennetzwerke zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit, durch Informations- und Dokumentationsaustausch und durch die Organisation von regionalen Workshops und Trainingskursen zur Weitervermittlung neuester Technologie und Know-how gefördert. Über die interregionale Zusammenarbeit hinaus ruft die Anlage ihre Mitglieder auf, mit anderen Regionen und Subregionen (z.B. Zentral- und Osteuropa) und insbesondere mit den



Foto © Lucio do Rosario

Entwicklungsländern Nordafrikas zu kooperieren. Das in Slowenien ansässige Drought Management Center (Drought = Trockenheit) für Südosteuropa beispielsweise umfasst so auch einige nördliche Mittelmeerländer aus den regionalen Anlagen 4 und 5 der Konvention.

Auch nationale Maßnahmen werden durch die Anlage angeregt.

So haben Italien, Griechenland, Portugal, Spanien als auch die Türkei ihre nationalen Aktionsprogramme bereits beschlossen (Stand: Februar 2008). Andere betroffene Länder im nördlichen Mittelmeerraum befinden sich entweder in der Entwicklungs- oder Schlussphase des Ausarbeitungsprozesses.

Die Forschung im Bereich der Desertifikation erhält eine neue Bedeutung.

Eine Reihe von anwendungsorientierten Forschungsprogrammen wird derzeit ausgearbeitet. Sie sollen die Auswirkungen von Klima und Wetter auf die Degradation von Land und Boden in der Region untersuchen. Mitgliedstaaten der EU investieren zudem vermehrt

in die systematische Überwachung der Landdegradation und in die Entwicklung eines Indikatorensystems - gleichwohl besteht nach wie vor Bedarf an einer besseren Koordination bei Sammlung, Analyse und Austausch von Daten, auch mit Ländern außerhalb der EU. Außerdem ist eine breitere fachliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit bei der Erforschung sozioökonomischer Konsequenzen der Landdegradation und eine Analyse der Kosten bei Nicht-Handeln notwendig.

Eine Reihe anderer Maßnahmen inklusive der EU-Bodenstrategie sind vielversprechend.

Es wird allgemein anerkannt, dass eine der Prioritäten für die Region darin bestehen sollte, Land zu schützen, das noch nicht allzu stark von Degradation betroffen ist. Ein effektiver und „integrierter“ Ansatz zur Bewirtschaftung von Wasserressourcen auf der lokalen, nationalen und regionalen Ebene muss gleichzeitig eine Reihe von Problemfeldern ansprechen. Diese betreffen traditionelle und intensive Methoden der Landwirtschaft, Industrie, Beschäftigung, Biodiversität, Süßwasservorkommen, Wasserver-

schmutzung sowie die spezifischen Probleme der Küstengebiete. Synergieeffekte mit anderen Abkommen sollten ausgelotet werden. Traditionelles Wissen und Know-how müssen erhalten und genutzt werden. Die Entwicklung, die Anpassung und der Transfer von umweltverträglichen, wirtschaftlich machbaren und sozialverträglichen Technologien zur Bekämpfung der Desertifikation und des Bodenschutzes sollten noch aktiver gefördert werden. Schließlich müssen lokale Gemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen stärker einbezogen werden. Die neue 10-Jahres-Strategie (10-Jahres-Strategie und Rahmenvereinbarung zur Verbesserung der Konventionsumsetzung 2008-2018) wird den regionalen Akteuren als wichtige Orientierungshilfe für die Umsetzung dieser Maßnahmen dienen und markiert einen bedeutenden Schritt bei der Erreichung der eigens gesteckten Ziele.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Anlage IV: Anlage über die Durchführung in der Region Nördliches Mittelmeer.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)





Die Bekämpfung der Landdegradation und Desertifikation in Zentral- und Osteuropa

Eine Vielzahl von Ländern in Zentral und Osteuropa sind von Landdegradation, Desertifikation und Trockenheit betroffen.

Das Thema Desertifikation und Landdegradation betrifft nicht nur Entwicklungsländer, auch Industriestaaten haben mit diesem Problem zu kämpfen. Obwohl der Prozess und das Ausmaß der Landdegradation von Land zu Land unterschiedlich sind, ist die Degradation von Boden und Land ein Problem für ganz Europa. In Zentral- und Osteuropa sind folgende Länder von der Landdegradation betroffen: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Georgien, Kroatien, Lettland, Moldawien, Montenegro, Rumänien, Russische Föderation, Serbien, Slowakei, Slowenien, Ukraine, Ungarn und Weißrussland.

Die Konvention deckt die spezifischen Problemlagen und Bedürfnisse der Länder durch die fünfte Regionalanlage ab.

Die Anlage legt Richtlinien und Rahmenbedingungen fest, um die Konvention in Zentral- und Osteuropa umzusetzen. Sie wurde in der vierten Sitzung der Konferenz der Vertragsstaaten im Jahre 2000 angenommen und trat am 6. September 2001 in Kraft. Bis auf ein Land sind alle Staaten Zentral- und Osteuropas der Konvention beigetreten. Einige dieser Länder sind Mitglieder der Europäischen Union und manche entwickeln sich zu Geberstaaten. Die in der fünften Regionalanlage

definierten Besonderheiten der Region, von denen die Staaten in unterschiedlichem Ausmaß betroffen sind, beziehen sich auf die spezifischen Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Transformationsprozesses, auf die verschiedenen Formen der Landdegradation in den unterschiedlichen Ökosystemen sowie auf die schlechten Bedingungen in der Landwirtschaft infolge von Raubbau an Böden und anderen Belastungen. Ungeeignete Bewässerungssysteme und die exzessive Ausbeutung der Wasserressourcen tragen zur chemischen Verunreinigung, Versalzung und zur Erschöpfung der Wasserläufe bei. Entwaldung infolge von Schäden durch Umweltverschmutzung und häufigen Waldbränden bleiben gleichfalls ernsthafte Probleme.

Die Regionalanlage für Zentral- und Osteuropa zeigt konkrete Möglichkeiten zur Stärkung der regionalen und subregionalen Zusammenarbeit auf.

Da ökonomische Vorgänge und Ökosysteme über Grenzen hinweg miteinander verbunden sind, können Länder aus der Koordination ihrer Anstrengungen Nutzen ziehen. Besonders im Jahre 2003 konnte mit der Einrichtung eines regionalen Konsultationsmechanismus ein bedeutender Fortschritt erreicht werden. Mit Unterstützung des Sekretariates der Konvention wurden hierbei verschiedene Initiativen gefördert, wie beispielsweise, die Einrichtung regionaler Themennetzwerke (regional thematic networks, RTNs) der wissenschaftlichen Zu-

sammenarbeit, regionale Trainingszentren (regional training center, RTCs) sowie regionale Referenzzentren (regional reference center, RRCs) zum Informationsaustausch sowie Technologie- und Know-how-Workshops. Konkrete Schritte zum Aufbau und Start dieser Initiativen wurden insbesondere von Rumänien (Einrichtung eines RTNs zur Aufforstung), von Armenien und Bulgarien (Einrichtung von RTCs) und der Tschechischen Republik (Einrichtung eines RRC) unternommen. Gemeinsame Anstrengungen können auch dazu beitragen, Flächen wieder nutzbar zu machen, welche durch Industrie und radioaktive Abfälle verödet wurden oder die Verschwendung von fruchtbarem Boden in Grenzen zu halten, welche durch Urbanisierung entsteht. Zudem können grenzüberschreitende natürliche Ressourcen gemeinsam genutzt und überwacht werden. Mit dem Ziel, Dürre und Trockenheit in Südosteuropa besser handhaben zu können, wurden auch Maßnahmen auf subregionaler Ebene umgesetzt. Angesichts der prognostizierten Zunahme der Häufigkeit und Ausmaße von Trockenheit in dieser Region haben die Länder im Jahr 2006 ein sogenanntes Drought Management Center (Drought = Trockenheit) für Südosteuropa gegründet. Mitgliedsländer dieser im Kontext der Konvention entstandenen Einrichtung sind: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Griechenland, Kroatien, Moldawien, Montenegro, Rumänien, Slowenien, Serbien, Türkei und Ungarn. Die Einrichtung



Foto © Giorgi Kolbin

bindet auch Mittelmeerländer ein und hat ihren Sitz in Slowenien. Kooperationspartner sind neben der Konvention auch die Weltorganisation für Meteorologie (WMO).

Die regionale Anlage der Konvention fördert auch Maßnahmen auf der nationalen Ebene der betroffenen Länder.

Die Bedeutung von Landdegradation und Desertifikation für nachhaltige Landbewirtschaftung wird von den Ländern der Region zunehmend wahrgenommen. Diese Entwicklung lässt sich an der wachsenden Anzahl von Nationalen Aktionsprogrammen (NAPs) ablesen, welche die Länder

als Instrument für die Bekämpfung von Desertifikation einsetzen. Nationale Aktionsprogramme liegen derzeit in Armenien, Georgien, Moldawien und Rumänien vor (Stand: Februar 2008). In Aserbaidschan und Bulgarien sind sie in Vorbereitung bzw. stehen kurz vor ihrem Abschluss, andere Länder wiederum haben Interesse bekundet, ihre NAPs zu erstellen. Die Vorbereitung von NAPs ist ein dynamischer und fortlaufender Prozess, so dass sich der Entwicklungsstand des NAPs mit der Zeit verändert. Wie in anderen Regionen werden interessierte Forschungsinstitute, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und örtliche Gemeinschaften ermutigt,

bei der Vorbereitung, Koordination und Umsetzung von NAPs teilzunehmen. Die neue 10-Jahres-Strategie (10-Jahres-Strategie und Rahmenvereinbarung zur Verbesserung der Konventionsumsetzung 2008-2018) kann den regionalen Akteuren als wichtige Orientierungshilfe für die Umsetzung dieser Maßnahmen dienen. Sie stellt so einen wesentlichen Schritt hin zur Erreichung der eigens gesteckten Ziele dar.

Relevante Abschnitte der Konvention:

Anlage 5: Anlage zur Durchführung in der Region Zentral- und Osteuropa.



Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Desertifikation in den von Dürre und/oder Desertifikation schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (UNCCD)



UNCCD towards new decade

to forge a global partnership to reverse and prevent desertification/land degradation and to mitigate the effects of drought in affected areas in order to support poverty reduction and environmental sustainability

UNCCD coming into a new decade

Developed as a result of the Rio Summit, the United Nations Convention to Combat Desertification (UNCCD) is a unique instrument that has brought attention to land degradation where exist some of the most vulnerable ecosystems and people in the world. Ten years after its coming into force, the UNCCD benefits from universal membership and is increasingly recognized as an instrument which can make an important contribution to the achievement of sustainable development and poverty reduction.

Ten years of implementation limited by some global factors

After a decade of implementation, Parties recognized limiting factors have prevented optimal deployment of the Convention. The Convention operates today in an environment that has evolved considerably since when it was first negotiated.

The policy environment has changed

Development paradigm has shifted largely since the Rio, especially with adoption of the Millennium Development Goals (MDGs). More focus on issues - such as Africa and the least-developed countries, stronger commitment for climate change mitigation and adaptation, prospects of global agricultural trade liberalization, and growing numbers of environmental refugees and migrants - are shedding new lights on the impacts of poverty and environmental degradation today.

The scientific environment has changed

With the work of the Millennium Ecosystem Assessment (MA) on dryland ecosystems, the scientific environment has also evolved, contributing to improved understanding of the biophysical and socio-economic trends relating to land degradation in global drylands and their impacts on human and ecosystem well-being.

The financing environment has also changed profoundly in the last decade

In 2003, the Global Environment Facility (GEF) has become a financial mechanism of the Convention. Official development assistance (ODA) flow has increased again after ten years of stagnation, and declining resources for rural development and agriculture. Major cooperating partners have refocused their financing strategies to support country-driven priorities.

This new environment provides the starting point for the new strategic plan of the Convention

During COP 8, held in Madrid in September 2007, the 192 Parties unanimously adopted the 10-year strategic plan and framework to enhance the implementation of the Convention for 2008-2018 (The Strategy). The Strategy provides unique opportunity to address some of the Convention's key challenges, to capitalize on its strengths, to seize opportunities provided by the new policy and financing

environment and to create a new and revitalized common ground for all UNCCD stakeholders.

The new Strategy is tasked to provide a global framework

The Strategy supports the development and implementation of national and regional policies, programmes and measures to prevent, control and reverse desertification/land degradation and mitigate the effects of drought through scientific and technological excellence, raising public awareness, standard setting, advocacy and resource mobilization, thereby contributing to poverty reduction.

The strategic objectives and expected impacts of the Strategy

Four strategic objectives with their own long-term impacts will guide the actions of all UNCCD stakeholders and partners to achieve the global vision. These four strategic objectives are: 1)

to improve the living conditions of affected populations, 2) to improve the condition of affected ecosystems, 3) to generate global benefits through effective implementation of the UNCCD and 4) to mobilize resources to support the implementation of the Convention through building effective partnerships between national and international actors.

Successful implementation of The Strategy requires efforts from all Parties

All parties are requested to put into operation the implementation of The Strategy in accordance with their national priorities and in a spirit of international solidarity and partnership. Affected developing country Parties, and any other affected country Parties within the framework of its Regional Implementation Annex, are urged to align their action programmes and other relevant implementation activities relating to the Convention with The Strategy.

The secretariat's new Structure

Successful implementation of the strategic plan also requires a strengthening of the core servicing, advocacy and agenda-setting and representation functions of the UNCCD secretariat in order to support Parties, the COP and the subsidiary bodies of the Convention in fulfilling their respective roles. The aim is to make the UNCCD secretariat a robust and highly performing international organization which will facilitate the implementation of the Strategy and build a global momentum on land issues. In light of the vision envisaged in The Strategy, the new structure pays greater attention to the need to support the continuum between "knowledge management", "information and policy advocacy" and "monitoring and assessment of the implementation process" through cooperation and partnership.

OUR MEANS THROUGH COOPERATION & PARTNERSHIP

